

blz

ZEITSCHRIFT DER **GEW** BERLIN
64. (79.) JAHRGANG
SEPTEMBER 2011



JUGENDHILFE & SCHULE GEMEINSAM

SOZIALPÄDAGOGIK
Protest gegen Buschkowski

GEWERKSCHAFT
Alte Stärken

SENIORITA
Gespräch mit Wilfried Seiring

INHALT

Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion | ...3-5

TITEL

Schule und Jugendhilfe gemeinsam *Petra Evanschitzky* 6
 Gelungene Kooperation *Babette Kirmis/Christiane Deparade* 8

SCHULE

Hamburg hat es gezeigt *Brigitte Schumann* 10
 Laura tanzt! *Martina Schmer* 12
 Werben fürs Sterben *Initiative Schule ohne Militär* 14

SOZIALPÄDAGOGIK

Neuköllner Jugendhilfe am Abgrund *C. Weißhoff/A. Kraft* 15

SENIORITA

Interview mit Wilfried Seiring *Klaus Will/Dieter Haase* 17
 Bewegende Erinnerung *Thomas Isensee* 19
 Kurzmeldungen 20

GEWERKSCHAFT

Ein bürokratisches Monster *GEW BERLIN* 22
 Alte Stärken *Holger Dehring* 23
 »Qualitätspaket 2.0« *Sigrid Baumgardt* 24
 4 Tage im Mai *Kultur AG* 25
 Gewerkschaftsrechte unterm Halbmond *Manfred Brinkmann* 26

BÜCHER

»Chill Mal, Frau Freitag« *Lenka Kesting* 29
 »Ehrenmord« *Wilfried Seiring* 30

SERVICE

Ein Tag im Oderland – Geschichte erleben *Ingrid Baier* 31
 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien 32

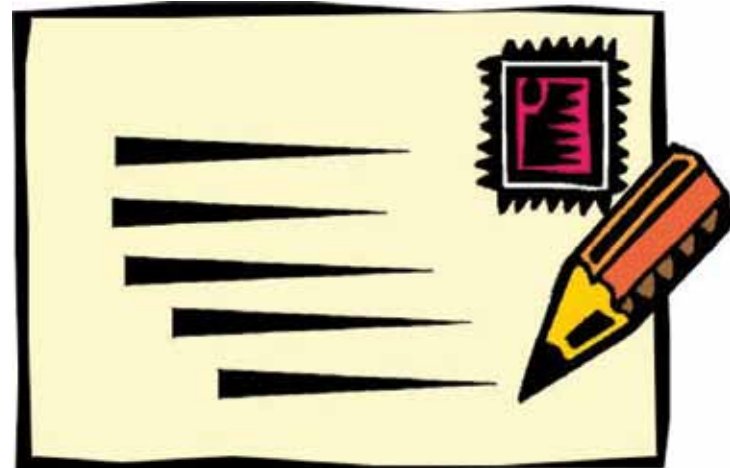
IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
 Redaktion: Sigrid Baumgardt (verantwortlich), Klaus Will (Koordination, Foto- und Schlussredak-

tion), Richardo Zeh, Andreas Kraft, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Christiane Thöne
 Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax -49,
 E-Mail blz@gew-berlin.de
 Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion.
 Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 11 vom 1. Januar 2009

Satz, Layout und Konzept:
 bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
 Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de
 Druck: Bloch & Co, Prinzessinnenstr. 26, 10969 Berlin
 ISSN 0944-3207

9/2011: 22.300



5 POST Über zwei Seiten LeserInnenbriefe gibt es in dieser Ausgabe, insbesondere zum Standpunkt von Wolfgang Harnischfeger in der letzten Ausgabe.



14 SCHULE Der Widerstand gegen Werbeveranstaltungen der Bundeswehr an den Schulen wächst. Das »Werben fürs Sterben« will die Initiative Schule ohne Militär verhindern.



23 GEWERKSCHAFT Die Kampagne »ALTE STÄRKEN« wird weitergeführt, geplant ist ein ganztägiger Aktionstag am 28. September.

LEUTE

Monika Falkenhagen wird im September 65 Jahre und genießt ihren Ruhestand. Sie war von 1987 bis 1997 im Geschäftsführenden Landesvorstand der GEW BERLIN als Leiterin des Referates Bildungspolitik. Wir wünschen ihr, dass sie auch weiterhin im GEW-Chor den richtigen Ton trifft und die Zeit in Garten und Ferienhäuschen genießt.

Dirk Brouwers ist Vorstandsvorsitzender des Dienstleistungskonzerns Dussmann, der sich neuerdings auch als Betreiber von Kitas versucht. Im Interview mit dem *Tagespiegel* betonte Brouwers, dass Dussmann seine MitarbeiterInnen fair bezahlen wolle und sich deshalb für Branchentarife und für allgemeinverbindliche Mindestlöhne einsetze. Dussmann betreibt in Berlin einen privaten Kindergarten am Unfallkrankenhaus Marzahn und will jedes Jahr »eine Handvoll« weiterer Kitas eröffnen.

Stefanie Schüler-Springorum ist Nachfolgerin von Wolfgang Benz als Leiterin des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der TU Berlin. Sie hat vorher das Institut für die Geschichte der Juden in Hamburg geleitet. Anfang der 90er, als Benz die Leitung des Zentrums übernahm, sei es richtig gewesen, das Themenspektrum auf die allgemeine Vorurteilsforschung auszuweiten, sie wolle jetzt aber wieder stärker das Spezifische der Antisemitismusforschung herausarbeiten, erklärte sie gegenüber dem *Tagesspiegel*.

Frank Schirrmacher ist Herausgeber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ), hinter der laut Eigenwerbung immer ein »kluger Kopf« steckt. In der Sonntagszeitung des Verlags (FAS) veröffentlichte er am 14. August eine scharfe Abrechnung mit dem Neoliberalismus: »Ein Jahrzehnt enthemmter Finanzmarktökonomie entpuppt sich als das erfolgreichste Resozialisierungsprogramm linker Gesellschaftskritik. So abgewirtschaftet sie schien, sie ist nicht nur wieder da, sie wird auch gebraucht«, heißt es da. Angesichts solcher Einsichten Schirrmachers kommt David Denk in der *taz* ins Grübeln: »Wer steht künftig rechts von uns, wenn Sie es nicht mehr sind?«, fragt er und gibt zu »Wir machen uns nicht nur Sorgen um Sie, wir haben auch Angst um unsere Weltsicht.« ■



FOTO: MAY HERSCHELMANN

Schluss mit dem Steuerzirkus

Die Bildungsfinanzierung muss langfristig gesichert werden

von Ulrich Thöne, Bundesvorsitzender der GEW

In »greifbarer Nähe« sieht Bundesbildungsministerin Schavan das Ziel, bis 2015 zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Bildungsausgaben zu verwenden. Auf 9,3 Prozent sei der Anteil 2009 gestiegen. Der Kurs müsse fortgesetzt werden und das Geld, das durch zurückgehende Schülerzahlen frei werde, »im System bleiben«. Wir hätten großen Anlass zur Freude, wenn die Zahlen nicht geschönt wären.

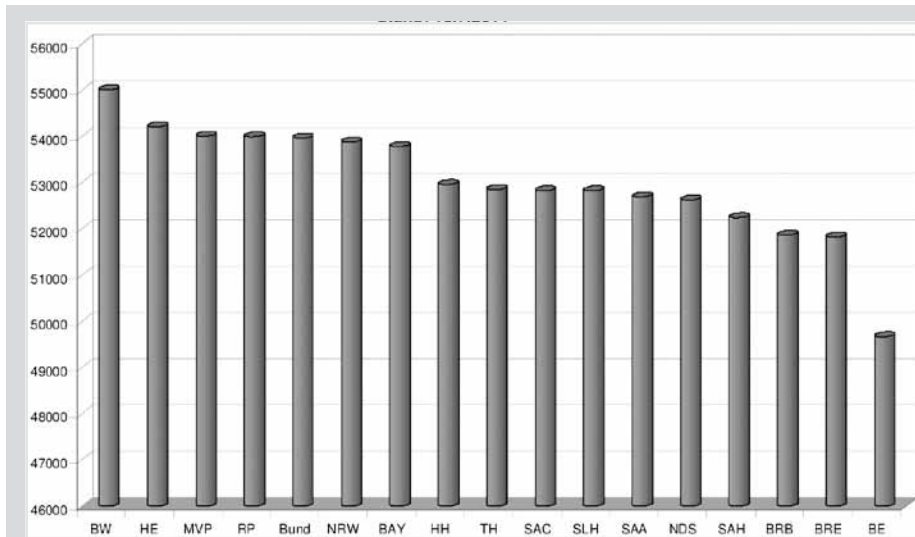
Bereits im kommenden Jahr droht der Ministerin ein Desaster. Dass die Zahlen für 2009 so gut sind, liegt vor allem daran, dass die Wirtschaft um 4,6 Prozent geschrumpft ist – klar, dass dann der Anteil der Bildungsausgaben am BIP steigt. Wenn die Wirtschaft allerdings wieder kräftig wächst, sinkt der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ebenso rapide. Es sei denn, man legt kräftig drauf: 16 Milliarden mehr gegenüber 2009 müssten es in diesem Jahr sein, um das Niveau auch nur zu halten. Legt man die Maßstäbe der OECD an, bleibt von den »Erfolgen« ohnehin nicht viel übrig.

Die Bundesregierung gibt sich alle Mühe, das Ziel zu verfehlen. So versucht die FDP immer noch, getrieben von der nackten Panik über die aktuellen Wahlumfragen, Steuersenkungen für ihre Klientel durchzusetzen. Gleichzeitig verordnen – zum Teil wider besseres Wissen – die Parteiführungen von CDU/CSU, FDP, SPD im Namen einer »Schuldenbremse« allen öffentlichen Haushalten einen drastischen Sparkurs. Ohne deutliche Steuererhöhungen führt der aber zum endgültigen Aus der »Bildungsrepublik«. Denn in den Ländern bewirkt die Fortschrittsbremse für eine angebliche Schuldenreduzie-

rung weitere Kürzungen bei der Bildung.

Für die GEW gilt: Gute Bildung für alle – mehr Geld für die Bildung. Dafür brauchen wir ein gerechteres Steuersystem. Der Lohn- und Einkommenssteuertarif muss niedrige und mittlere Einkommen ent- und höhere Einkommen belasten. Unternehmensgewinne sind besser zu ermitteln und die Körperschaftsteuer ist auf 25 Prozent anzuheben. Die Vermögenssteuer muss wieder her. Eine Finanztransaktionssteuer brächte dem Staat zusätzlich Milliarden. Schließlich muss der Steuervollzug besser werden, weil jedes Jahr Milliarden Euro am Fiskus vorbeigehen. So können nicht nur die öffentlichen Bildungsaufgaben sicher finanziert werden, sondern es würde auch die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt gestärkt.

Die Antworten der Länder auf die GEW-Vorschläge sind überwiegend positiv: Dass der Bildungsbereich gestärkt werden muss und dafür ausreichend Mittel erforderlich sind, ist unbestritten. Nicht nur die Berliner Senatskanzlei und die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern erklären darüber hinaus, sie teilten die steuerpolitische Richtung. Schnell kommt aber der Hinweis, mit dieser Bundesregierung sei da wenig zu machen. Aber die Länder haben über den Bundesrat ein gewichtiges Wort mitzureden, wenn es um die Gestaltung des Steuersystems geht. Und weil es um unsere Zukunft geht, muss diese Rolle eine aktivere werden. Wir dürfen die Staatseinnahmen und damit einen Grundpfeiler der sozialen Gerechtigkeit nicht der FDP überlassen. ■



Berlin ist Schlusslicht bei der Beamtenbesoldung – zehn Prozent weniger gegenüber Baden-Württemberg. Abgebildet ist die Höhe der A13-Besoldung in den Bundesländern. Berechnet hat dies der DGB-Bundesvorstand, Abteilung Beamte und öffentlicher Dienst, nach den Landesbesoldungsgesetzen mit Stand vom 18. Juli 2011.

QUELLE: DGB

Volksbegehren Grundschule: Die zweite Phase hat begonnen!

Das Volksbegehren Grundschule geht in die zweite Phase nachdem die Verhandlungen der InitiatorInnen mit dem Senat vor allem an der Forderung nach einer verbesserten Personalbemessung gescheitert sind. Jetzt müssen 172.000 Unterschriften gesammelt werden. Gefordert werden Hortangebote für alle Grundschul Kinder durch Wegfall der Bedarfsprüfung, Mittagessen für alle, intensivere Förderung und Betreuung durch Verbesserung der Personalausstattung sowie eine verbindliche Fortbildung auf Basis des Berliner Bildungsprogramms. Weiter Infos und Unterschriftenliste unter www.gew-berlin.de/22468.htm

Wie weiter mit L-ego?

Die Bundestarifkommission der GEW hat am 20. Juni 2011 alle Landesverbände aufgefordert, über die weiteren Perspektiven zur Durchsetzung einer tariflichen Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (L-ego) zu diskutieren und Strategien zur Mobilisierung der Mitglieder zu entwickeln. Die Erfahrung der Tarifrunde 2011 hat gezeigt, dass die Arbeitgeber nach wie vor nicht bereit sind, ihr Alleinbestimmungsrecht bei der Eingruppierung von angestellten Lehrkräften aus der Hand zu geben. Jetzt muss ausgelotet werden, welche strategischen Möglichkeiten es gibt und wie hierfür am besten mobilisiert werden kann. Im September sollen in einer großen tarif-

politischen Konferenz die weiteren Weichen gestellt werden. Die GEW-Mitglieder, insbesondere die angestellten Lehrkräfte, sind aufgerufen, sich aktiv in die Diskussion einzubringen.

IFA-Reisen nicht mehr über die GEW

Der Veranstalter IFA hat zu Anfang Juli 2011 alle bestehenden Kooperationsverträge gekündigt und das Callcenter geschlossen. Davon ist auch die GEW betroffen, die über die Bundeszeitschrift E&W Reisen der IFA zu günstigen Bedingungen für GEW-Mitglieder angeboten hat. Zwar kann bei IFA bis Ende dieses Jahres weiterhin mit GEW-Rabatt gebucht werden, jedoch nur noch in eingeschränktem Rahmen entsprechend der nunmehr nur noch dezentralen Organisation. Die Buchung erfolgt wegen der Schließung des Callcenters nur noch über die Anbieter direkt. Der IFA-Reisekatalog 2012 wurde für ungültig erklärt.

Senatskonzept zur inklusiven Schule

Der Landesvorstand der GEW BERLIN hat nach längerer und intensiver Diskussion seine Stellungnahme zum Inklusionskonzept des Senats vorgelegt. In der Präambel zu diesem Beschluss heißt es: «Das Senatskonzept zur Umsetzung der UN-Konvention zeigt ein Umdenken in Richtung eines inklusiven Schulsystems. Die GEW lehnt jedoch sowohl die Kostenneutralität des Umwandlungsprozesses als auch des zu realisierenden

inklusive Bildungssystems ab, da unter dieser Bedingung das Konzept nicht umsetzbar ist.» Die detaillierte Stellungnahme ist zu finden unter <http://gew-berlin.de/22427.htm>

GEW gegen Fortführung von VERA

Insbesondere was VerA für das dritte Schuljahr betrifft, sind die Probleme und Schwächen mittlerweile so offenkundig, dass die Akzeptanz in der Lehrerschaft dramatisch sinkt. Die GEW fordert Landesregierungen und Kultusministerkonferenz deshalb zu unverzüglichem Handeln auf. Im Beschluss des GEW-Hauptvorstands vom 27./28. Mai 2011 fasst die GEW die Kritikpunkte zusammen und formuliert eigene Forderungen und Vorschläge für die Zukunft. Die GEW spricht sich gegen die Fortführung von VerA in der bisherigen Form aus. Sie fordert vielmehr ein wissenschaftlich seriöses System-Monitoring auf Länderebene und macht konkrete Vorschläge für das Format, das Niveau, den Umfang und das Verfahren der Verbesserung von Qualität und Unterricht durch Testaufgaben und andere Maßnahmen. Die komplette GEW-Stellungnahme unter www.gew.de/Leistungsvergleiche_GEW_fordert_Aus_fuer_VerA_3.html

Stolpersteine:

Kunst oder Massenware?

Wegen der hohen Nachfrage nach den sogenannten Stolpersteinen, die als Gedenksteine vor den Wohnorten der Opfer der Nazis verlegt werden, sollte dem Künstler Gunter Demnig nicht mehr der reduzierte Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent, sondern volle 19 Prozent berechnet werden. Bei fast 30.000 Stolpersteinen könne man nicht mehr von einem Kunstwerk sprechen, das sei Massenware, außerdem handele es sich hier »nur um Hinweisschilder«, argumentierte die Oberfinanzdirektion Rheinland. Der nordrhein-westfälische Finanzminister Norbert Walter-Borjans bezeichnete dagegen die Gedenksteine als ein »Kunstwerk im Zustand fortlaufender Vervollständigung«. Eine nochmalige Überprüfung des Falls ergab Ende Juni, dass es beim ermäßigtem Mehrwertsteuersatz bleibt. Der in Köln lebende Künstler verlegt die Stolperstein seit 15 Jahren. Die Steine werden auf Initiative der Gemeinden verlegt und kosten 95 Euro, die in der Regel über Patenschaften aufgebracht werden. ■

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Standpunkt Wolfgang Harnischfeger Juli/August-blz

Die Einstellungen in diesem Jahr haben gezeigt, dass es in Berlin nur mit Mühen möglich ist, den Bedarf an Lehrkräften fachgerecht abzudecken. In nicht wenigen Fällen gelingt auch das nicht mehr. Liegt das daran, dass Berlin nicht mehr verbeamtet? Wolfgang Harnischfeger scheint jedenfalls der Meinung zu sein. Es ist einleuchtend, wenn neu ausgebildete Lehrkräfte ihren Arbeitsort auch nach den Einkommensbedingungen auswählen. Würde die Wiedereinführung der Verbeamtung diese Situation grundlegend ändern? Mit dem neuen Besoldungsgesetz werden Beamte in Berlin weiterhin wesentlich schlechtergestellt als in anderen Bundesländern. Zusätzlich verringert die Besoldung nach Dauer der Berufstätigkeit das monatliche Einkommen der neu eingestellten Lehrkräfte gegenüber der bisherigen Regelung. Finanziell gesehen ist also die Verbeamtung in Berlin erst nach einigen Jahren oder bei einem Wechsel aus einem anderen Bundesland interessant. Bis dahin hat das Angestelltenverhältnis einige Vorteile. Verbindet man die Frage nach der Wiedereinführung der Verbeamtung mit dem Bedarf, so würde es in der Konsequenz dazu führen, dass immer nur zu dem Zeitpunkt und in den Fächern verbeamtet wird, in denen der Bedarf nicht anders „abgedeckt“ werden kann. Eine solche differenzierte Betrachtung kann nicht im gewerkschaftlichen Sinn sein. Vielmehr muss das Angestelltenverhältnis so attraktiv gemacht werden, dass es als Alternative zur Verbeamtung angenommen wird.

Holger Dehring,

Vorstandsbereich Beamten- und Angestelltenpolitik

Standpunkt Wolfgang Harnischfeger Juli/August-blz

Und da ist es wieder, das Vorurteil von der »entpolitisierten Generation«. Woran, Herr Harnischfeger, machen Sie das eigentlich fest? Lassen Sie mich raten, Sie gehören zu der Generation von Lehrern, der noch ganz selbstverständ-

lich der Beamtenstatus zugesprochen wurde? Selbstredend sind Sie Privatpatient und ich vermute weiterhin, dass Sie auch niemals um einen Studienplatz kämpfen mussten und auch ohne großen Aufwand die Uni wechseln konnten? Für Ihre Generation war es vermutlich auch nicht notwendig, sich in Bachelor- und Masterstudiengänge oder gar das Referendariat einzulassen zu müssen? Ich nehme an, dass Sie sich für einen Vertreter einer »politischen Generation« halten? Und wieder stellt sich die Frage: Woran machen Sie das denn fest?

Vor wenigen Tagen rief unter anderem die GEW dazu auf, für die Beamten auf die Straße zu gehen. Es ging um eine Reduzierung der Lehrer-Arbeitszeit im Alter. Dreimal dürfen sie raten wer nicht zur Demo kam – richtig, die alten Beamten – auch hier mehr Schein als Sein? Stattdessen schickte man Schüler, Eltern und Referendare. Wo waren Sie, Herr Harnischfeger? Waren Sie vor Ort, vielleicht als Vertreter der »politischen Generation« und Kämpfer für die »Demokratisierung des Bildungswesens«? Soweit ich das für weitere Lehrer meiner Generation sagen kann, geht es bei der Frage um eine eventuelle Verbeamtung nicht um unmögliche finanzielle Forderungen, es geht einem Junglehrer vordergründig sicherlich auch nicht um die »Demokratisierung der Schule«. Es geht darum, dass gleiche Arbeit mit gleichem Lohn bezahlt werden muss und dass der Beruf des Lehrers für junge Leute auch weiterhin eine vernünftige berufliche Alternative ist. Es geht nicht um »Status«, es geht um Respekt gegenüber einer anspruchsvollen Ausbildung und einer sehr guten Leistung. Etwas worum Sie, Herr Harnischfeger, niemals haben kämpfen müssen.

Jens Meyer

Standpunkt Wolfgang Harnischfeger Juli/August-blz

Auf einen solchen »Standpunkt« habe ich gewartet: Ich gehöre (seit 2005) zu den angestellten Lehrern – die Harnischfeger als entpolitisierte Generation beschreibt – und gebe zu, eine wachsende Frustration über die Ungleichbehandlung zu verspüren. Drei Dinge steigern diesen Frust beständig:

1. Die unterschiedlichen Klassen/Kasten an Lehrern, die für gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden. Wer kann noch unterscheiden, wie viele Entlohnungsvarianten es gibt? Es wird im-

mer von den »einigen Hundert Euro« Gehaltsunterschied im Vergleich mit den anderen Bundesländern gesprochen, doch wie groß ist die Verdienstspanne allein innerhalb Berlins?

2. Dass Lehrkräfte von »außerhalb« stillschweigend den Beamtenstatus erhalten. Ich finde man sollte das nicht so hinnehmen, schon gar nicht, wenn man bei genauerem Hinsehen erkennen könnte, dass viele Zuzügler doch eher (Zu)Rückkehrer sind, die für den Beamtenstatus eben eine gewisse Zeit zur »Horizontenerweiterung« in einem verbeamteten Bundesland verbracht haben.

3. Harnischfeger erwähnt die »abgeschmetteten« Anträge auf der Landesdelegiertenkonferenz. Die Haltung meiner Bildungsgewerkschaft zum Thema Verbeamtung in allen Ehren (»ihr Eislaufmutter«), aber der Umgang mit einer Initiative wie »Verbeamtung jetzt« und die auch daraus erwachsene Möglichkeit des Senats, GEW und Nachwuchslehrer gegeneinander auszuspielen, ist frustrierend. Beim Lesen mancher Newsletter habe ich das Gefühl, die Wut meiner Kollegen richtet sich mehr gegen die GEW als gegen den Senat.

Ich bin bei der Kampagne »ALTE STÄRKEN« dabei und empfinde Unterrichtsentlastung zugunsten der Unterrichtsqualität als unerlässlich. Auch hier ist weitere Aktion nötig. Bei der Frustration als »Lehrkraft 2. Klasse« finde ich aber kaum Ermutigendes vonseiten

Fortsetzung auf Seite 27 ▶

ÜBRIGENS

Ferien, was ist das denn? Schon vergessen? Ja, es geht immer viel zu schnell, dann hat einen der Alltag wieder. Und doch wird die Redaktion ihren Elan zusammensammeln und den heißen Monat September mit Tatkraft in Angriff nehmen. Zwei Ausgaben blz liegen vor uns und mindestens zwei Protestaktionen, bei denen wir hoffentlich vielen blz-LeserInnen begegnen.

Das war's für heute, denn der Platz sei unseren LeserInnenbriefen gegönnt. Manchmal gelingt es ja tatsächlich, Diskussionen anzustoßen. Das freut die Redaktion.

Sigrid

Redaktionsschluss blz 11/2011: 19. September 2011

Redaktionsschluss blz 12/2011: 4. November 2011



SCHULE UND JUGENDHILFE GEMEINSAM

von Petra Evanschitzky, Sozialpädagogin

Schule muss in zunehmendem Maße mit der Jugendhilfe kooperieren, da immer mehr Probleme aus dem häuslichen Umfeld in die Schule hereingetragen werden. Die ambulanten Hilfen haben in den letzten Jahren zugenommen. Lehrkräfte kennen aber oft den Rahmen zu wenig, in dem sich die Jugendhilfe bewegt. Dieser Artikel soll einen kleinen Überblick über die Komplexität der Jugendhilfe geben und nimmt auf die Schnittstellen Bezug, die Schule und Jugendamt haben. Dabei wird auf die Hilfen zur Erziehung eingegangen, die in Belastungs- und Krisensituationen in Anspruch genommen werden können.

Formen von Jugendhilfe

Für die Hilfen zur Erziehung (HzE), deren Grundlage der §27 des Achten Sozialgesetzbuches (SGB VIII)

ist, besteht ein Rechtsanspruch. Entscheidend für die passende Hilfe ist der jeweilige Einzelfall. Unter der Federführung des Jugendamtes einigen sich die Beteiligten auf entsprechende Leistungen. Erste Anlaufstelle für Eltern genauso wie für Jugendliche ist oft die Erziehungs-, Jugend- oder Familienberatungsstelle. Bei der Sozialpädagogischen Familienhilfe kommt eine pädagogische Fachkraft regelmäßig in die Familie und bietet ihre Unterstützung in Fragen der Erziehung und bei der Bewältigung von Alltagsproblemen an. Ähnlich ist es bei der Erziehungsbeistandschaft; hier steht allerdings das Kind oder der Jugendliche stärker im Fokus, wenn es zum Beispiel darum geht, ihn in seinem sozialen Umfeld besser zu integrieren.

Bei der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung ist diese Begleitung langfristiger und komplexer. Im Gesetz ist von einer intensiven Begleitung und Betreuung eines Jugendlichen die Rede,

bei der es darum geht, ihn im Prozess der Selbstständigwerdung zu unterstützen.

Die soziale Gruppenarbeit (SGA) richtet ihren Fokus auf das soziale Lernen in der Gruppe. Immer häufiger ist eine solche SGA an einer Schule angesiedelt. Für Kinder, die Schwierigkeiten haben, sich in Gruppen zurechtzufinden, wird ein solcher Rahmen geschaffen, der ihnen einerseits Schutz und Struktur am Nachmittag bietet und der sie andererseits auch herausfordert, sich in einem kleinen überschaubaren Umfeld zu integrieren. Hier ist die Verzahnung von Schule und Jugendhilfe besonders ausgeprägt.

Wann wird Schule aktiv?

Hat eine Lehrkraft den Eindruck, dass hinter veränderten Verhaltensweisen von SchülerInnen oder bei Einbrüchen in den schulischen Leistungen Themen stehen, die mit dem familiären Umfeld zusammenhängen, wird sie das Gespräch mit den Eltern suchen. Für die Wirksamkeit von Hilfeleistungen ist mitentscheidend, dass die Eltern die Hilfe in Anspruch nehmen wollen. Ein Gespräch, in dem die Eltern das Gefühl haben, die Lehrkraft überlegt mit ihnen zusammen, welchen Weg man gemeinsam einschlägt, um dem jungen Menschen zu helfen, schafft das nötige Vertrauen und eine solide Basis. Der junge Mensch sollte ebenso einbezogen werden, denn in dieser sensiblen Phase geht es darum, Ängste abzubauen und Türen zu öffnen. Es kann auch vorkommen, dass Jugendliche sich im Vertrauen an den Lehrer wenden und zunächst nicht wollen, dass die Eltern davon erfahren. Der junge Mensch kann sich hier selbst an das Jugendamt wenden, um weitere Unterstützung zu bekommen.

Der übliche Weg ist, dass sich Eltern oder der junge Mensch mit dem Jugendamt in Verbindung setzen. Es gibt jedoch Situationen, in denen die Lehrkraft zunächst auf sich allein gestellt ist. Sie sieht einen Hilfebedarf, hat aber nicht die Beziehung zu den Eltern oder ist bei den Eltern bereits auf Ablehnung gestoßen. In diesen Fällen steht das Jugendamt auch für die Lehrkraft beratend zur Verfügung. In der Praxis ist es oft der Fall, dass das Jugendamt von der Schule Hinweise bekommt und dann tätig wird.

Gratwanderung

Solange die Eltern nicht einbezogen sind, darf die Lehrkraft dem Jugendamt gegenüber keine genauen Daten über die Familie (Name, Wohnort) nennen. Deshalb ist es immer besser, den Eltern und dem Kind/dem Jugendlichen gegenüber transparent zu sein. In den Fällen, in denen die Transparenz zunächst nicht hergestellt werden kann, sollte mit dem Jugendamt zusammen die weitere Vorgehensweise besprochen werden. Dies kann in der

Anfangsphase ohne Daten geschehen. Wichtige Grundsätze in der Jugendhilfe lauten »Freiwilligkeit« und »Partnerschaft«. Um die Hilfe effizient und nachhaltig zu gestalten, ist es sinnvoll, von Beginn an mit den Personensorgeberechtigten zusammenzuarbeiten. Die Eltern mit »ins Boot« zu holen, ist oftmals ein mühsamer und zeitaufwendiger Prozess, der – oberflächlich betrachtet – schnell als ein Nicht-Handeln der Behörden interpretiert werden kann.



Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfeträger

In der Regel übernehmen freie Träger die Hilfeleistungen und bieten Dienstleistungen im Rahmen der Jugendhilfe an. Für sie bleibt während des Hilfeprozesses vor allem bei ambulanten Leistungen die Schule eine wichtige Anlaufstelle.

Der junge Mensch verbringt einen großen Teil seiner Zeit in der Schule und die Lehrkraft ist ein Kooperationspartner, dessen Sichtweise für die Gestaltung der Hilfe von Bedeutung ist. Die Sozialpädagogin oder der Sozialpädagoge bezieht den schulischen Aspekt in die Arbeit mit ein und ist deshalb auf die Zusammenarbeit mit den Lehrkräften angewiesen. Was für die Partnerschaft zwischen Eltern und Jugendhilfe gilt, trifft um so mehr auf die Beziehung zwischen Schule und Träger zu: Transparenz und gemeinsames Agieren helfen dem jungen Menschen und seiner Familie am ehesten. Deswegen haben hier Auseinandersetzungen über die »richtige« pädagogische Arbeitsweise oder eventuelle Machtspiele keinen Platz. Der Fokus sollte auf das Kind oder den Jugendlichen und seine Familie gerichtet sein. Jeder Prozessbeteiligte kommt aus seiner Richtung mit seinem eigenen Betrachtungswinkel. Diese unterschiedlichen Sichtweisen haben ihre Berechtigung. Aufgabe der Fachleute ist es, diese Unterschiedlichkeit anzuerkennen und im Hinblick auf das Wohl des Kindes den Konsens anzustreben. ■

Literatur: Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (bmfjsf): Informationsbroschüre zum Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII), Bundesministerium für Justiz Link zum SGB VIII: www.gesetze-im-internet.de/sgb_8/

GELUNGENE KOOPERATION

Im TALI-Schulprojekt arbeiten Jugendhilfe und Schule erfolgreich zusammen

von Babette Kirmis und Christiane Deparade, Tali-Schulprojekt

Das TALI-Schulprojekt gibt es nunmehr seit 13 Jahren. Die Idee entstand 1998, als in den Tagesgruppen des Tannenhof Berlin-Brandenburg e. V. zunehmend Kinder auch am Vormittag betreut wurden, die aus ihren schulischen Bezügen »herausfielen« und daher im Hausunterricht oder durch Mitarbeiter des Schulpsychologischen Beratungszentrums einzeln beschult wurden. Diese Entwicklung sowie der Wegfall der »Beobachtungsklassen« im Jahr 1998 veranlassten uns, über neue Wege nachzudenken. So wurde die Idee geboren, die betreffenden Kinder in Kleinstgruppen zusammen zu fassen und durch Lehrer zweier regionaler Grundschulen in den Räumen der Tagesgruppe zu beschulen.

In der Annedore-Leber-Grundschule und in der Nahariya-Grundschule fanden sich Partner für diese Idee, welche den Vorteil einer individuellen schulischen Förderung und eines strukturierten Tagesgruppenalltags miteinander verbindet. Das Modell »Schule und Tagesgruppe an einem Ort« setzte sich durch und heute beschult und betreut das Tali-Schulprojekt 25 Kinder in fünf Klassen. Sowohl Beschulung als auch Tagesgruppe werden dabei als temporäre Maßnahme verstanden. Oberstes Ziel ist die schulische und soziale Reintegration. Dadurch wird auch familiär eine Normalität wiederherge-

stellt, wie sie jede Familie mit schulpflichtigen Kindern kennt. Schulverwaltung und Jugendamt des Bezirkes Tempelhof-Schöneberg befürworteten und unterstützten das Projekt von Beginn an, sodass 2004 die Organisation und Durchführung des Projektes in einem Kooperationsvertrag verbindlich geregelt wurde.

Komplexer Hilfebedarf

In das Schulprojekt kommen Kinder mit einem komplexen Hilfebedarf und einem diagnostizierten Förderschwerpunkt »emotional-soziale Entwicklung«. Die Kinder weisen gravierende Entwicklungs- und Verhaltensauffälligkeiten im emotionalen, kognitiven und sozialen Bereich auf. In der Regel sind sie dementsprechend umfangreich diagnostiziert. Seit vielen Jahren besteht deshalb eine enge Kooperation mit dem Sankt Joseph Krankenhaus, was für ein fachübergreifendes Handeln eine wichtige Grundlage ist.

Die komplexen Störungsbilder der Kinder resultieren aus vielfältigen Problemen. Unter den Bedingungen einer Regelschule kann dieser Komplexität nicht entsprochen werden. Die Familien wiederum benötigen ein hohes Maß an Unterstützung und Beratung. Hier sind zwei verschiedene Institutionen in der Verantwortung: Zum einen die Schule mit der Pflicht, die Beschulung des Kindes zu gewährleisten und andererseits das Jugendamt mit dem gesetzlichen Auftrag, Familien Unterstützung zu geben.

Alles unter einem Dach

Im Tali-Schulprojekt werden jeweils fünf Kinder in einer Kleinstklasse montags bis freitags in der Zeit von 8.00 bis 12.30 Uhr jahrgangsübergreifend und nach entwicklungspädagogischen Gesichtspunkten unterrichtet. Der Unterricht wird jeweils von zwei Grundschul- oder Sonderpädagogen im Wechsel abgedeckt und von den pädagogischen Mitarbeitern der Tagesgruppe unterstützt. Im Anschluss an den Unterricht findet die sozialpädagogische Betreuung im Rahmen der Tagesgruppe statt. Das Besondere daran ist, dass alles unter einem »Dach«, in einem Haus stattfindet. Die individuellen Zielstellungen und Schwerpunkte in den





Besprechung in der Tagesgruppe.

FOTO: PEDRO BECERRA - STAGEVIEW.DE

einzelnen Lebensbereichen werden von den Lehrern und den Mitarbeitern der Tagesgruppe zu jedem Zeitpunkt gemeinsam geplant und umgesetzt. Das bedeutet, dass bereits im Aufnahmeverfahren der Kinder gemeinsam entschieden wird, ob die Zielsetzung »Reintegration in einer Regelschule« erreichbar erscheint. Sofern ein Partner fachlich begründet die Zielerreichung für nicht möglich erachtet, erfolgt keine Aufnahme. Dieses gemeinsame Arbeiten in einem Haus benötigt ein hohes Maß an Kooperation. Insbesondere die Verschiedenheit der Institutionen Schule und Jugendhilfe erfordern immer wieder ein Aufeinander Zugehen und Aushandeln von gemeinsamen Handlungsschritten. In den vergangenen Jahren wurde eine Kooperation auf Augenhöhe erarbeitet, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt und der Akzeptanz verschiedener Sichtweisen.

Starkes gemeinsames Handeln

Im täglichen Miteinander und dem »Ringeln« um gute Lösungen sind eine gemeinsame Informationsgrundlage und ein gemeinsames Fallverständnis unabdingbar. In der Praxis ist das möglich durch das Arbeiten an einem Ort. LehrerInnen, ErzieherInnen und SozialarbeiterInnen sehen sich täglich und können jederzeit miteinander sprechen. Die Informationswege sind kurz und der Zeitaufwand ist minimal. Aktuelle Geschehnisse können, wenn notwendig, während des Unterrichtes oder direkt im Anschluss gemeinsam besprochen werden und notwendige Interventionen am Nachmittag im Rahmen der Tagesgruppe umgesetzt werden. Eine Spaltung der Systeme oder ein Nichtwissen vom Anderen ist nicht möglich.

Neben dem autarken Arbeiten der Systeme nebeneinander (Lehrer unterrichten – Erzieher und Sozialpädagogen gestalten die Tagesgruppenarbeit)

gibt es an vielen Punkten ein gemeinsames Handeln. Wesentlich hierbei ist die gemeinsame Elternarbeit. Es besteht ein enger Austausch zwischen Schule und Tagesgruppe und regelmäßig finden auch gemeinsame Elterngespräche statt. An wichtigen Helferkonferenzen nehmen Lehrer ebenso teil wie pädagogische Mitarbeiter. Eine gelungene Elternarbeit ist eine wesentliche Grundlage für den Erfolg des Tali-Schulprojektes.

Einheit zweier Systeme

In wöchentlichen gemeinsamen Teamsitzungen wird die Arbeit gemeinsam reflektiert und das weitere Vorgehen geplant. Punktuell treffen hierbei die zwei Systeme Schule und Tagesgruppe mit ihren verschiedenen Arbeitsaufträgen aufeinander. Schule steht dabei für Umsetzung der Reintegration in eine Regelschule. Die Tagesgruppe legt den Fokus stärker auf der Veränderung im familiären System. Diese gemeinsamen Aushandlungsprozesse im Sinne der weiteren Hilfeplanung sind oftmals kontrovers und benötigen Zeit. Es ist wichtig, sich diese Zeit zu nehmen. In einer vertrauensvollen, über Jahre gewachsenen Teamstruktur ist es möglich, offen alle Themen anzusprechen und gemeinsam neue Ideen zu entwickeln. Das gemeinsame Handeln ist jederzeit transparent und nachvollziehbar.

Daneben werden auch verschiedene Gelegenheiten wie Festlichkeiten, Jubiläen und gemeinsame Freizeitaktivitäten genutzt, um zu feiern, ins Gespräch zu kommen, gemeinsam Zeit zu verbringen und schöne Erlebnisse miteinander zu teilen.

Das Tali-Schulprojekt blickt auf 13 Jahre intensiver Arbeit zurück und konnte somit auf gewachsenen Kooperationsstrukturen in und außerhalb (fachrelevante Dienste des Bezirks) der Schule zurückgreifen, was den Erfolg des Schulprojektes bis heute sichert. ■

Hamburg hat es gezeigt

Über eine bildungspolitische Kapitulation: Zweigliedrigkeit statt Inklusion

von Brigitte Schumann, Bildungsjournalistin

Es ist inzwischen üblich, die Reichweite bildungspolitischer Reformen in Deutschland am Ausgang des Hamburger Volksentscheids zu messen. »Hamburg hat es doch gezeigt!« ist politischer Topos geworden. Vertreter der Grünen und der SPD benutzen ihn wie ein Mantra und begründen damit ihr Abrücken von dem Modell einer Schule für alle und ihr Plädoyer für die Zweigliedrigkeit. Der sozialdemokratische Kultusminister Jürgen Zöllner gab jüngst die Empfehlung an seine Länderkollegen aus, das zweigliedrige Berliner Modell zu importieren.

Was hat Hamburg denn gezeigt? Dass das Gymnasium dem Deutschen heilig ist? Dass in Deutschland allerhöchstens die Zweigliedrigkeit akzeptiert wird?

Sehr früh wurde die Hamburger Volksinitiative »Wir wollen lernen!« von einigen Medien als »Gucci-Elternschaft« enttarnt, die sich schamlos für den puren Eigennutz ihrer Sprösslinge einsetzte. Dennoch gelang es den InitiatorInnen und UnterstützerInnen aus den oberen Schichten, die gesellschaftliche Mitte hinter sich zu bringen und die frühe Trennung der Kinder nach Leistung und Herkunft mit Geld, Einfluss und einer aggressiven Angstkampagne erfolgreich zu verteidigen. Sie profitierten davon, dass sich Teile der Bürgerschaft für die halbherzige Reform nicht erwärmen konnten, und waren NutznießerInnen des Dilemmas in unserer Demokratie, dass Angehörige der unteren Schichten kaum noch politisch partizipieren. MigrantInnen ohne deutschen Pass waren erst gar nicht wahlberechtigt. Wenn der Hamburger Volksentscheid und die politische Reaktion darauf etwas gezeigt haben, dann ist es die Funktionsweise eines gefährlichen »Klassenkampfes von

oben«, vor dem grüne und rote Bildungspolitik kapitulieren.

Hamburg ist »Klassenkampf von oben«

Genau so muss man es sehen und benennen. Hamburg fügt sich ein in die Erkenntnisse von Wilhelm Heitmeyer, Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld. Seit 2000 erforscht er im Rahmen einer Langzeitstudie Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland. In seiner jüngsten Veröffentlichung von 2010 unter dem Titel »Deutsche Zustände« verweist er auf veränderte Einstellungen der höheren Einkommens- und Statusgruppen in Deutschland. »Vieles deutet darauf hin, dass sich diese Menschen – politisch stimuliert- aus der Solidargemeinschaft zurückgezogen haben«, lautet sein Urteil.

Unter Angehörigen der oberen Schichten macht Heitmeyer eine geringe Bereitschaft zur Unterstützung schwacher Gruppen aus. Ihre Privilegien verteidigen sie mit der Stigmatisierung dieser Gruppen und fühlen sich trotz einer beispiellosen Umverteilung von unten nach oben ungerecht behandelt. »Angesichts der offenkundig instabilen Entwicklung auf den Finanzmärkten, unsicherer wirtschaftlicher Konjunkturverläufe, strapazierter öffentlicher Haushalte und die soziale Spaltung forcierende politische Entscheidungslinien« sind für ihn diese deutlichen Anzeichen für einen Rechtspopulismus in den oberen Schichten besonders beunruhigend.

Unterstützt wird diese Entwicklung durch namhafte VertreterInnen aus dem

Bereich von Politik, Wirtschaft, Medien, Kultur und Wissenschaft. Im Jargon der Verachtung lassen sie sich öffentlich über Hartz-IV-EmpfängerInnen, Langzeitarbeitslose und MigrantInnen aus und legitimieren soziale Ungleichheit und Spaltung. So wird Akzeptanz für rechtspopulistische Haltungen und Einstellungen, die bislang eher mit Menschen aus den unteren Schichten in Verbindung gebracht werden, in der Mitte der Gesellschaft verfestigt.

Was zählt?

Die UNESCO hat die Inklusion seit der Weltkonferenz von Salamanca 1994 zum Gegenstand ihrer weltweiten Bildungskampagne gemacht. Inklusiv ist nach ihrem Verständnis unser Schulsystem erst dann, wenn nicht nur alle Barrieren fallen, die Kinder mit Behinderungen von Kindern ohne Behinderungen trennen. Auch Barrieren innerhalb des allgemeinen Schulsystems müssen als solche identifiziert und überwunden werden. Soziale Ungleichheit, Benachteiligung, Behinderung und Exklusion sind schließlich Resultate der selektiven Schulstruktur.

Mit der Ratifizierung der UN-BRK hat sich Deutschland verpflichtet, ein inklusives Schulsystem zu entwickeln. Warum orientiert sich die rote wie grüne Bildungspolitik an Hamburg und nicht an dem Auftrag der Inklusion? Warum wird das Menschenrecht auf inklusive Bildung nachrangig behandelt und dem Erhalt des Gymnasiums untergeordnet?

Kein geringerer als der Leiter des Instituts für Schulentwicklungsforschung an der Universität Dortmund, Wilfried Bos, hat in einem Interview mit der Süd-

deutschen Zeitung vom 24. Juni 2009 wissen lassen, dass wir in Deutschland »eine schlagkräftige, sehr rührige und kampagnenfähige Mittelschicht« haben, »die alles dafür tut, dass das Gymnasium nicht abgeschafft wird«. Mit zynisch wirkender Offenheit hat er hinzugefügt: »Seien Sie doch ehrlich, Sie und ich würden auch alles dafür tun, dass unsere Kinder auf ein Gymnasium gehen und nicht mit den Schmuttelkindern spielen. Und eine Partei, die das Ende des Gymnasiums fordert, würde nicht wiedergewählt werden. Deshalb wird es dazu nie kommen. So einfach ist das.«

So einfach? Jedenfalls hilft ein Zitat wie dieses zu erklären, warum selbst unter Rot-Grün oder Grün-Rot die für Deutschland rechtsverbindlich geltende Verpflichtung zur Verwirklichung eines inklusiven Schulsystems, das allen die gleichen Möglichkeiten gibt, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen

miteinander zu lernen, den Lobbyinteressen des Gymnasiums untergeordnet wird.

Kein Ausweg aus der Zweigliedrigkeit

Kann es über die Ermöglichung von Gemeinschaftsschulen auf der Entscheidungsebene der Kommune und im Konsens mit allen Beteiligten vor Ort einen sanfteren Reformweg geben, der die starre Zweigliedrigkeit verhindert? Nordrhein-Westfalen und nun auch Baden-Württemberg haben sich für diesen Weg entschieden und feiern die neue Entscheidungsstruktur als demokratischen Sieg über politische Bevormundung und bürokratische Überregulierung.

In Schleswig-Holstein hat sich jedoch gezeigt, dass das Gymnasium auf freiwilliger Basis nicht eingefangen werden kann in einen integrierten Zusammenschluss aller Schulformen. Mit der Ermöglichungspolitik wird lediglich die politisch »von oben« verordnete Zwei-

gliedrigkeit vermieden. An ihre Stelle tritt eine Zweigliedrigkeit, die fast naturwüchsig wirkt, weil sie doch »von unten« gewollt ist und sich nach und nach entwickelt. Zweigliedrigkeit ist auch auf diesem Weg programmiert – freilich ohne dass die Landespolitik die Verantwortung dafür übernehmen muss.

Es ist enttäuschend, wie wenig Grüne und Sozialdemokraten ihre Mehrheit in der Bevölkerung nutzen, um soziale Inklusion und gleichwertige Teilhabe als Leitbilder in der Gesellschaft zu verankern. Sie drücken sich vor der historischen Aufgabe, das Schulsystem aus seiner ständischen Tradition zu befreien und zu demokratisieren. Dabei ist nicht nur Kernspaltung hochgefährlich, sondern auch ein gespaltenes Schulsystem, das die vorhandene gesellschaftliche Kluft vertieft. Die Anti-Atombewegung hat es vorgemacht: Nur mit Aufklärung, langem Atem und starkem zivilgesellschaftlichen Druck wird es einen bildungspolitischen Ausstiegsbeschluss geben. ■

ANZEIGE

Debeka

Lebensversicherungsverein a. G.



Jetzt Dienstunfähigkeit absichern!

Mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit ist die Versorgung bei Dienstunfähigkeit noch keineswegs gesichert. Noch gravierender sieht die Situation als Beamter auf Probe bzw. auf Widerruf aus.

Die Versorgungslücke zwischen Arbeitseinkommen und Pension wird immer größer. Wenn Sie Ihre Existenz nicht aufs Spiel setzen wollen, sichern Sie Ihre Arbeitskraft jetzt privat ab.

Wir haben spezielle Angebote für Sie. Rufen Sie uns an.

anders als andere

Landesgeschäftsstelle Berlin
 Dominicusstraße 14
 10823 Berlin
 Telefon (0 30) 7 88 06 - 0

www.debeka.de

Debeka

Laura tanzt!

Kulturelle Bildung als Menschenrecht

von Martina Schmerr, Schul-Referentin beim GEW-Hauptvorstand

Die kulturelle Bildung ist in der Defensive. Neben PISA, Bildungsstandards, Vergleichsarbeiten und zentralen Abschlussprüfungen ist das Geltungsproblem der Fächer jenseits der Kernfächer größer geworden. Die mangelnde Anerkennung von Kunst, Musik und Darstellendem Spiel zeigt sich etwa daran, dass sie in besonderem Maße abhängig von der Kassenlage sind, dass der Unterrichtsausfall enorm ist und dass fachfremd erteilter Unterricht hier noch weniger zum Skandal taugt als in den so genannten »harten Fächern«.

Der durch die aktuelle Testkultur eingeschränkte Fokus auf Deutsch, Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen macht es der kulturellen Bildung also schwer, ihren Platz im Rahmen des allgemeinen Bildungsauftrags von Schulen zu behaupten. Wo das enden kann, zeigen US-amerikanische Diskussionen und Versuche, die Schule auf die »Grundversorgung« zu beschränken und andere Bereiche wie Kunst oder Bewegung zur Aufgabe eines privatisierten Nachmittagsbereichs zu machen. Hierzulande traut sich zwar noch niemand so recht, diese Diskussion offensiv zu führen. Aber die Tatsache, dass das Bildungspaket der Bundesregierung Mittel für die außerschulische kulturelle Teilhabe vorsieht, spricht für sich. Einen Großteil ihrer künstlerischen Bildung erhalten Kinder also auch hier bereits auf einem privaten Nachmittagsmarkt. »Eine Schule, die ästhetische Bildung als eine Angelegenheit randständiger »Nebenfächer« behandelt, [ist] eine inhumane Schule«, so hat das Klafki vor vielen Jahren formuliert. Diese Selbstverständlichkeit scheint dahin.

Viele Bemühungen der kulturellen und künstlerischen Disziplinen um Geltung und Anerkennung zielen daher in den letzten Jahren darauf ab, sich in das Bezugssystem der so genannten »empirischen Wende« im Bildungswesen einzuordnen. Dies gelingt sogar teilweise recht gut. Es lassen sich mittlerweile

zahlreiche Studien zusammentragen, die der kulturellen beziehungsweise musisch-ästhetischen Bildung respektable Wirkung zuschreiben. Und zwar nicht nur persönlichkeitsbildender oder sozialer, sondern durchaus auch kognitiver Art. Eltern wissen sicherlich von derlei Wirkungen – sprichwörtlich – ein Lied zu singen, wenn sie zu mehr als zwei Dritteln die Förderung von künstlerischen Aktivitäten für sehr wichtig halten. Eine Untersuchung der Universität Bielefeld an Kindertagesstätten in



Laura macht eine Ausbildung zur Tanzassistentin. FOTO: ILAN

Münster hat jüngst zum Beispiel ergeben, dass Kinder, die früh und viel singen, zu 80 Prozent regelschulfähig sind, wenn der Zeitpunkt der Einschulung naht, während die weniger oder kaum singende Vergleichsgruppe dies nur zu 40 Prozent schafft.

Derlei Befunde können dazu beitragen, den leidigen Gegensatz zwischen harten und weichen Fächern porös zu machen. Und es hilft in der öffentlichen Diskussion. Denn viele Verantwortliche lassen sich leider erst dann

überzeugen, wenn eine Aussicht auf die Anhebung der Gesamtleistungen oder des Gesamt-Renommées der Bildungseinrichtungen besteht.

Schwerter zu Posaunen – warum nicht?

Wenn Kunst oder Musik bisweilen als Allheilmittel gegen alles – etwa Krankheit, Armut, Gewalt und somit auch die steigenden sozialen Ausgaben – gepriesen werden, mag das übertrieben sein. Manche Studien kleinerer Art zeigen jedoch einen frappierenden Zusammenhang zwischen Musik und dem körperlichen und psychischen Wohlbefinden oder auch der Fähigkeit, Stress und Angst zu bewältigen. Auch von Bläserklassen werden derlei positive Effekte berichtet. Nur: Wie lassen sich Musikinstrumente für alle Kinder finanzieren? Auf der Tagung »Musik ist wichtig!« in Bad Boll im Januar 2011 gipfelte die Zusammenschau einschlägiger Projekte und Studien schließlich in der – freilich mit einem Augenzwinkern vorgebrachten – Forderung »Schwerter zu Posaunen«. Aber warum nicht auch über diesen Slogan – in all seiner nostalgischen Wahrheit – nachdenken?

Kulturelle und künstlerische Bildung haben also sehr vielfältige positive Wirkungen, nicht nur auf die Persönlichkeit oder Lebensgestaltung der Individuen, sondern auch auf die Schule als Ganzes und nicht zuletzt auf das gesellschaftliche Zusammenleben. Ein Begriff kultureller Bildung, der sich als Kontrapunkt zu eher kognitiver Bildung begreift, ist überholt. Ästhetisches Lernen, ein »Lernen mit allen Sinnen« ist ein Prinzip der Aneignung von Wirklichkeit und wirkt somit in alle Fächer und Lebensbereiche hinein. Es würde daher sicherlich zur Professionalisierung aller Lehrenden beitragen, wenn sie in ihrer Ausbildung ein Verständnis für ästhetische und kreative Entwicklungs- und Handlungsprozesse erwerben würden. Was sich so ab-



FOTO: PRIVAT

strakt anhört, wird zum Beispiel dann erfahrbar, wenn Schulen der kulturell-ästhetischen Bildung – und zwar durchaus auf Kosten der Stundentafeln der Kernfächer – einen gesicherten Platz im gesamten Schulleben einräumen und damit unterm Strich die Gesamtleistungen ihrer SchülerInnen verbessern helfen.

Allmählich kehrt das Bewusstsein für die Bedeutung der kulturellen Bildung zurück. Auch bei der »großen« empirischen Bildungsforschung. So hat nunmehr auch die OECD die künstlerische Bildung als Untersuchungsgegenstand entdeckt. Und der Bildungsbericht 2012 wird die »kulturelle/musisch-ästhetische Bildung im Lebenslauf« als Schwerpunktthema haben. Es mag neue Probleme hervorbringen, wenn Fächer wie Kunst und Musik jetzt auch noch Gegenstand quantitativer Studien werden. Die Grenzen der Standardisierbarkeit und Vergleichbarkeit liegen hier noch deutlicher auf der Hand als etwa bei Mathematik oder Fremdsprachen. Dennoch: Das neue Interesse sollte politisch genutzt werden.

Kulturelle Bildung als Menschenrecht

Dass Bildung mittlerweile auch in Deutschland als eine Frage der Menschenrechte diskutiert wird, mag eine weitere Hilfe dabei sein, die kulturelle Bildung zu fördern. Das Menschenrecht auf Bildung braucht sich nicht über PISA-Werte oder die berufliche Verwertbarkeit zu legitimieren. Basierend auf der Menschenrechtscharta ist bereits seit vielen Jahren in der UN-Kinderrechtskonvention das Recht von Kindern auf Kunst und Spiel verbrieft. Aus einer Menschenrechtsperspektive gehören die Fächer der kulturellen Bildung schlichtweg zur Grundversorgung. Wenn – wie das in Deutschland der Fall ist – der Zugang zu kulturellen Angeboten und kultureller Bildung stark vom familiären Hintergrund abhängt, wird zunächst die wichtige kompensatorische Aufgabe von Schulen in diesem Feld deutlich. Die soziale Schieflage wird jedoch im selektiven Schulsystem ein weiteres Mal reproduziert.

Bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, die vor zwei Jahren von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert worden ist, bezieht sich die GEW stets auf Artikel 24, der die Rechte von Menschen mit Behinde-

rungen im Bildungswesen beschreibt. Nur wenige von uns haben sich wahrscheinlich auch Artikel 30 genau angeschaut. Menschen mit Behinderungen sollen das gleiche Recht auf Teilhabe am kulturellen Leben einer Gesellschaft haben. Dazu gehört nicht nur der Zugang zu Kulturprodukten und -einrichtungen. Vielmehr sollen die Vertragsstaaten dafür sorgen, dass Menschen mit Behinderungen die Möglichkeit haben, »ihr kreatives, künstlerisches und intellektuelles Potenzial zu entfalten und zu nutzen, nicht nur für sich selbst, sondern auch zur Bereicherung der Gesellschaft.« Es gibt nicht viele Gelegenheiten im Alltag, von dieser Bereicherung Kenntnis zu nehmen. Ich persönlich hatte kürzlich eine.

Anfang dieses Jahres habe ich am Rande der oben bereits erwähnten Veranstaltung ein Mädchen tanzen sehen. Laura. Sie tat dies mit soviel Kraft und Ausdruck und einem Rhythmusgefühl, das mich verblüffte. Laura macht eine Ausbildung zur Tanzassistentin. Eine Ausbildung, die erst noch erfunden werden musste. Denn Laura ist Trägerin des Down-Syndroms. Curriculum und Ausbildungsbedingungen wurden von Lauras Eltern und einer Tanzakademie entwickelt und umgesetzt. Zusammen mit ihrem Vater, der Musiker ist, und einem Dichter tritt Laura auch auf Bühnen auf: In einer Collage aus Musik, Tanz und Text werden das Denken über Behinderte in unserer Gesellschaft thematisiert und Bezüge zur Euthanasie des Nationalsozialismus hergestellt. Ein unglaubliches Stück Kunst.

Laura und ihre Eltern sind Teil des ILAN-Netzwerks (Inclusion Life Art Network), das sich für gleiche Ausdrucks- und Bildungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen in Kunst und Kultur einsetzt. ILAN fühlt sich der Behindertenrechtskonvention verpflichtet und verfolgt drei Ziele: Inklusive Kunst zu fördern, inklusive künstlerische Arbeitswelten zu schaffen und inklusive Ausbildungsplätze aufzubauen. Und zwar wo immer dies denkbar ist: in künstlerischen Einrichtungen, Fachschulen und Hochschulen. ■

Es wäre schön, wenn sich unter den AnhängerInnen von Kunst, Kultur und Inklusion in den Reihen der GEW Menschen finden ließen, die dazu Ideen haben oder das Projekt unterstützen wollen. Kontakt: martina.schmerr@gew.de oder direkt unter in: www.ila-net.de



Zeugniserstellung leicht gemacht!

Neue Schulstruktur, neue Zeugnis-Formulare – kein Problem, wenn Sie mit dem GEW-Zeugnisprogramm arbeiten. Dort finden Sie alle aktuellen Formulare: Förderprognose für den Übergang am Ende der Grundschule, Formulare für die Integrierte Sekundarschule oder veränderte MSA-Zeugnisse.

Das Programm nimmt Ihnen nicht nur die lästige Schreibarbeit ab, sondern bietet Ihnen viele andere Hilfen für die tägliche Arbeit: Noten- und Klassenlisten, Prognoseberechnungen, eine Fehlzeitenverwaltung. Und nicht zuletzt: Die Programminhalte werden ständig aktualisiert. Praktisch, gut und immer aktuell: Wer bietet mehr?

Wer es nicht glaubt, kann's ausprobieren: Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen und ausgiebig testen. Sie werden feststellen, dass es nichts Vergleichbares zu diesem Preis auf dem Markt gibt. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter www.gew-berlin.de/zeugnis.htm.

Preise für GEW-Mitglieder

	Online	CD
Grundschule	20,-	30,-
Integrierte Sekundarschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Gemeinschaftsschule		
- Sek. I	20,-	30,-
- Klasse 1-10	30,-	40,-
Gesamtschule		
- Sek. I	30,-	40,-
- mit gymn. Oberstufe	40,-	50,-
Hauptschule	20,-	30,-
Realschule	20,-	30,-
Gymnasium		
- Sek. I	20,-	30,-
- Sek. I und Sek II	30,-	40,-
- Sek. I und Sek. II mit Klasse 5 und 6	40,-	50,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage. Von dem Programm gibt es auch Schulversionen, Informationen dazu unter www.gew-berlin.de/4681.htm.

Bestellschein: siehe Seite 23

Werben fürs Sterben

Was will die Bundeswehr an der Schule?

von der Initiative Schule ohne Militär

Seit längerer Zeit beobachten wir die zunehmende Einflussnahme der Bundeswehr an Berliner Schulen. Doch dies ist nichts Neues: Schon seit dem Bestehen der Bundeswehr wirbt sie dort um Akzeptanz und Nachwuchs.

Bereits drei Jahre nach Gründung der Bundeswehr wurden 1958 Soldaten der Bundeswehr speziell zur Nachwuchsgewinnung ausgebildet. Die Akzeptanz für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands musste bei der Bevölkerung, die nach der Erfahrung des Zweiten Weltkriegs größtenteils antimilitaristisch eingestellt war, erst hergestellt werden. Diese sogenannten Jugendoffiziere verfügen über langjährige Berufserfahrung und eine eigene Ausbildung, in der ihnen rhetorische Fähigkeiten, Inhalte zu strittigen Bundeswehrthemen und Informationen über die Lebensumstände junger Menschen vermittelt werden. Bundesweit werben 94 von ihnen neben eigenen öffentlichkeitswirksamen Auftritten vor allem an Schulen. Dort übernehmen sie stundenweise den Unterricht und halten Vorträge zu »sicherheitsrelevanten« Themen. Für LehrerInnen und ReferendarInnen bieten sie Fort- und Weiterbildungen an – so wird für SchülerInnen und Eltern nicht ersichtlich, ob der Lehrer eine ausschließlich zivile Ausbildung genossen hat.

Der Zugang wird erleichtert

Unter fachlicher Beratung des Bundesministeriums für Verteidigung erscheinen außerdem die kostenlosen Unterrichtsmaterialien »Frieden & Sicherheit«, welche von einem pro-militaristischen Grundkonsens ausgehen und folglich strittige Themen zur Sicherheitspolitik einseitig darstellen. Auf spielerische Art und Weise soll das mehrtägige Simulationsspiel Pol&IS (»Politik & Internationale Sicherheit«) den SchülerInnen Krieg als legitimes Mittel zur Konfliktlösung näher bringen. Gerade im Zuge der Bundeswehrreform und der Aussetzung der



Schild am Stand der Bundeswehr auf der Musikmesse 2005 in Frankfurt am Main.

FOTO: IMAGO/HOFFMANN

Wehrpflicht ist mit verstärkter Präsenz der Bundeswehr an den Schulen zu rechnen. Schon jetzt gibt es in mehreren Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen dem jeweiligen Kultusministerium und der Bundeswehr, die ihr den Zugang an die Schulen erleichtern. Begründet wird dies mit der mangelnden Beschäftigung mit aktuellen sicherheitspolitischen Themen im Unterricht. Anstatt dass die Auseinandersetzung damit von den dafür ausgebildeten LehrerInnen selbst getragen wird, soll die Bundeswehr als »ErsatzlehrerIn« fungieren. Zwar existiert hier in Berlin noch kein derartiges Abkommen, dennoch gibt es regelmäßig Bundeswehrveranstaltungen an Schulen. Doch das gesamte Engagement der Bundeswehr im Bildungsbereich ist angesichts

des seit 1976 geltenden Beutelsbacher Konsenses mehr als fragwürdig. Die erwähnten Unterrichtsmaterialien und die Besuche der Jugendoffiziere verstoßen gegen zwei Anforderungen dieser bindenden Richtlinie: einerseits das Kontroversitätsgebot durch die einseitige pro-militaristische Darstellung, andererseits das Überwältigungsverbot, da durch die Anleitung der rhetorisch geschulten Militärs keine selbstständige Meinungsbildung möglich ist.

Die Gegenbewegung

Mit diesen und vielen weiteren Argumenten setzen sich bundesweit Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen gegen den Einfluss der Bundeswehr an Schulen ein. In Berlin fand beispielsweise im November 2010 eine Protestkundgebung vor dem Shadow-Gymnasium in Steglitz-Zehlendorf anlässlich eines Offizierbesuchs im Rahmen eines Berufsberatungstages statt. Am Hans-und-Hilde-Coppi-Gymnasium in Lichtenberg wurde der Jugendoffizier von der Schulkonferenz wieder ausgeladen. Erst kürzlich erklärte sich das Robert-Blum-Gymnasium in Schöneberg zur bundeswehrfreien Schule.

Letztes Jahr haben wir uns, angeregt durch die vielfältigen Protestaktionen, zum Bündnis »Schule ohne Militär« zusammengeschlossen. Wir sind LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, von denen sich viele auch in anderen antimilitaristischen und Antikriegsorganisationen engagieren. Wir wollen erreichen, dass die Schulen und andere Bildungseinrichtungen grundsätzlich zu militärfreien Einrichtungen werden. Deshalb unterstützen wir kritische LehrerInnen und SchülerInnen, die wollen, dass ihre Schule militärfreier Raum bleibt. Jeder, der sich im Bündnis engagieren will, ist herzlich willkommen. Mehr Infos auf unserer Homepage: www.schule-ohne-militaer.de

Neuköllner Jugendhilfe am Abgrund

Bezirksbürgermeister Buschkowsky sorgte wieder für Aufregung und Proteste

von Christiane Weißhoff und Andreas Kraft, Vorstandsbereich Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit

Nach Berechnungen des Bezirksamtes Neukölln zeichnete es sich im Juli 2011 ab, dass die eingeplanten Mittel des Jugendamtes für den Bereich Hilfen zur Erziehung um 4,1 Millionen Euro überschritten werden. Das Bezirksamt hatte daraufhin in Abwesenheit der zuständigen Jugendstadträtin Gabriele Vonekold beschlossen, im Bereich der Hilfen zur Erziehung 3,2 Millionen Euro einzusparen. Als eine Maßnahme wurden die Verträge mit 49 Trägern und Projekten der Kinder- und Jugendhilfe und 14 Schulstationen zum 30. September 2011 gekündigt: Da es sich bei diesen Angeboten um freiwillige soziale Leistungen handele, könne darauf zu Gunsten der Pflichtleistungen verzichtet werden, hieß es zur Begründung. Die GEW BERLIN kritisierte das Vorgehen des Bezirksamtes

Neukölln und forderte die Bezirksverordnetenversammlung auf, die Kündigungen zurückzunehmen:

Wir fordern eine Absicherung aller Angebote und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Form einer Regelfinanzierung im Haushalt. Denn damit stünden diese Leistungen nicht mit jedem neuen Haushalt zur Disposition und ein gegenseitiges Auspielen der verschiedenartigen Leistungen wäre nicht mehr möglich. Es ist verantwortungslos, bei der präventiven Arbeit im Kinder- und Jugendhilfebereich zu kürzen. Gerade der Bezirk Neukölln benötigt auf Grund der vielen in Armutsverhältnissen aufwachsenden Kinder dringend die präventive und unterstützende soziale Arbeit.

In der eilig zusammengerufenen Sondersitzung am 13. Juli 2011 musste sich

die Bezirksverordnetenversammlung in der Sommerpause mit diesem Thema befassen und wurde von den betroffenen Kindern, Jugendlichen und Beschäftigten der Einrichtungen mit lautstarkem Protest empfangen.

Protest bei der Sondersitzung

Es kam zu kleinen Rangeleien, als die Protestierenden an der öffentlichen Bezirksverordnetenversammlung teilnehmen wollten. Die Polizei wurde gerufen und viele Interessierte (so auch wir) mussten schließlich vor der Tür bleiben. Laut Berichten der Presse und einiger TeilnehmerInnen gab es drinnen eine viereinhalbstündige heftige Debatte, an deren Ende ein Beschluss mit neun Maß-

ANZEIGE



So schön können dicke Beine sein!

► Essgruppe "Quadro", 40 mm massiv in verschiedenen Maßen und Hölzern

Entdecken Sie die Welt der intelligenten Massivholzmöbel.


TROLLHUS
NATÜRLICH SCHÖN WOHNEN

Kant/Ecke Uhlandstraße im stülwerk · 10623 Berlin
Telefon: 030-315 15 460 · Telefax: 030-315 15 465



Protest vor dem Rathaus gegen die Kündigung der Verträge am 13. Juli 2011.

FOTO: ANDREAS KRAFT

BERLINER ARBEITSTAGUNG KRITISCHE SOZIALE ARBEIT

In der Sozialen Arbeit sind problematische Veränderungen wie Deprofessionalisierung, ein neosoziales Menschenbild und eine zunehmende Ökonomisierung festzustellen. Um sich gegen diese Entwicklung zu stellen, trafen sich 150 SozialarbeiterInnen und -pädagogInnen aus ganz Deutschland am 17. und 18. Juni in Berlin zu einer Arbeitstagung, die unter dem Motto »aufstehen-widersprechen-einmischen« stand. Am Ende der Tagung wurde eine Resolution verabschiedet, in der unter anderem Tariftreue und tarifliche Bezahlung bei freien und öffentlichen Trägern und angemessene Arbeitsbedingungen eingefordert werden. Die vollständige Resolution ist unter www.einmischen.com zu finden.

- nahmen gefasst wurde, darunter die Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen.

Aufgrund der anderen Maßnahmen sind die Verträge mit den verschiedenen Jugendhilfeträgern nun zumindest bis zum Jahresende 2011 gesichert. Die Bezirksverordnetenversammlung forderte das Jugendamt Neukölln in dem Beschluss auf, bis Ende September ein Konzept vorzulegen, wie die hohen Aus-

gaben im Bereich der Hilfen zur Erziehung ausgeglichen werden können.

Nur ein Aufschub

Fatal dabei ist, dass selbst Bezirksverordnete in diesem Bereich der Hilfen zur Erziehung von Pflichtaufgaben und freiwilligen Leistungen reden, obwohl im Kinder- und Jugendhilfegesetz die

Gewährleistung der verschiedenartigen Angebote verankert ist. Und fatal ist auch, dass den Jugendhilfeträgern wieder nur ein Aufschub, aber keine längerfristige Planungssicherheit gewährt wurde. Eine aufbauende und nachhaltige Projektentwicklung der präventiven Kinder- und Jugendarbeit ist so kaum möglich. Das ist mitnichten die richtige politische Antwort auf die sozialen Probleme in der Stadt!

ANZEIGE

GEW-KALENDER FÜR DAS SCHULJAHR 2011/2012

Für das kommende Schuljahr ändern wir die Versandmodalitäten unserer Kalender.

- Den »Berliner Schulkalender« (das ist der kleine gelbe Kalender im Format DIN A6 für die Ringbuchhülle) erhalten weiterhin alle Mitglieder im Schulbereich kostenlos von ihren Vertrauensleuten.
- Mitglieder an Schulen, an denen diese Verteilung nicht gesichert ist, bekommen den Kalender nicht mehr automatisch zugeschickt; sie müssen ihn bei uns mit nachfolgendem Formular anfordern.
- Der »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (das ist der neue Kalender im Format DIN A5) kann ebenfalls mit diesem Formular bestellt werden, er kostet für Mitglieder 4,95 Euro bei Abholung bzw. 6,50 Euro inklusive Versand.

Alle Bestellmöglichkeiten gibt es auch im Internet unter www.gew-berlin.de/kalender.htm.

GEW-KALENDER 2011/2012: JA, DEN WILL ICH HABEN!

- Ich hole die Kalender für meine KollegInnen in der Geschäftsstelle ab.
- Ich möchte einen »Berliner Schulkalender« (DIN A 6) zugeschickt bekommen
- Ich bestelle den »Berliner Lehrerinnen- und Lehrerkalender« (DIN A 5) auf Rechnung zum Sonderpreis für Mitglieder von 6,50 Euro (inkl. Versand).

Name, Vorname: _____

Schule: _____

Adresse: _____

Datum, Unterschrift: _____

BLZ-SEITEN

FÜR DAS

GEHOBENE ALTER

SenioRita

AUSGABE XIV

ALTERSABHÄNGIG

SEPTEMBER 2011

Auf der anderen Seite

Wilfried Seiring über seine Erfahrungen als GEW-Mitglied in der Schulverwaltung und sein aktives Pensionärsleben



Das Gespräch führten Klaus Will und Dieter Haase

Wilfried, du bist seit 1998 im Ruhestand, hast die Ruhe aber nur knapp ein Jahr ausgehalten, um dann Leiter des neu gegründeten Ausbildungsinstituts für humanistische Lebenskunde zu werden. War dir langweilig geworden?

Ich habe mich in die Pflicht nehmen lassen. Ich hatte sofort drei Angebote, aber für den Humanistischen Verband ein besonderes Interesse. Und ich war nicht ausgelastet mit dem Pensionärsdasein. Aber vor allem war wichtig, dass sich mit dem Ruhestand mein Gesundheitszustand verbessert hatte, denn in meiner aktiven Zeit hatte ich zuletzt doch sehr schlechte Werte, was Nieren und Leber anging. Ich weiß nicht, ob es der Stress alleine war, aber die Werte waren recht bedrohlich. Dann, ohne die tägliche Belastung –, immerhin fast täglich zehn Stunden und die Wochenenden nie ganz frei –, Erholung in meinem Garten, schwimmen und lesen: Ich hatte ziemlichen Nachholbedarf – und mit der anderen Lebensweise renkte sich alles plötzlich ein.

War dein Gesundheitszustand auch der Grund, warum du so plötzlich als Leiter des Landeschulamtes abgetreten bist?

Auch, aber es war vor allem der Streit mit der damaligen Finanzsenatorin Fugmann-Heesing. Ihre rigorose Kür-



Wilfried Seiring

FOTO: PRIVAT

zung der Bildungsausgaben war nicht hinzunehmen. Das war nicht ganz unähnlich wie bei Carl-Heinz Evers, dem damals als Schulsenator auch ein ausreichender Etat verweigert wurde, weswegen er zurücktrat. Bei den Auseinandersetzungen um die Finanzen war ich zweiter Sieger geworden. Auch der Senatorin Stahmer fehlte die politische Unterstützung.

Und wie bist du dann Leiter des neuen Ausbildungsinstituts geworden?

Es war ein verlockendes Angebot. Denn hier konnte ich endlich mal unabhängig arbeiten, war nicht weisungsgebunden. Viele in der GEW haben zwar immer gedacht, der Leiter des Landeschulamtes ist mächtig. Aber das war keineswegs, man ist ziemlich eingebunden, die Spielräume sind eng. Aber hier, mit dem Institut, konnte ich etwas ganz Neues aufbauen. Man kannte meine Aufsätze zur Weitererziehung, meine politischen Rundschreiben. Die Arbeit im Institut war also auch inhaltlich für mich interessant. Dann wurde im Gespräch mit den Zuständigen beim Humanistischen Verband schnell klar, dass wir auf einer Wellenlänge liegen. Das zeigte sich auch anschließend in der guten kollegialen Zusammenarbeit. Und was wir aufgebaut haben, ist ja gelungen. Wir haben inzwischen den 14. Semesterdurchgang erreicht.

Wie viel Lehrkräfte sind das pro Semester?

Ungefähr 25 Lehrkräfte, die für die Ausbildung fünf Ermäßigungsstunden bekommen. Nach dem Urteil der Lehrkräfte wird das Studium sehr positiv eingeschätzt, einerseits wegen der neuen Erfahrungen und andererseits sieht man die Vorzüge in einem schülerna-

►hen Unterricht ohne Notengebung, meist in kleineren Lerngruppen. Diesen Ausbildungsgang aufzubauen mit allem, was dazugehört – Studienordnung, Prüfungsordnung, Neufassung des Rahmenlehrplanes –, war nicht ohne, zumal wir ja nicht nur Freunde in der Stadt haben. Aber wenn über 60 Prozent der Berliner konfessionslos sind, kann eigentlich keiner sagen, wir würden den Kirchen Konkurrenz machen. Ich habe immer betont, wir beackern eine Brache. Als ich angefangen habe mit der Ausbildung am Institut gab es 24.000 Lebenskundeschülerinnen, inzwischen haben wir die 50.000 erreicht. Es gab also einen enormen Bedarf. Und wir expandieren weiter.

Gehen wir mal wieder ein Stück zurück zum Anfang deiner Laufbahn. Du gehörst zum Urgestein der GEW, inzwischen über 50 Jahre in unterschiedlichen Funktionen in der GEW sehr aktiv, seit langer Zeit auch als Vorsitzender der Fachgruppe Schulaufsicht. Wenn ich mich recht erinnere, wurde damals auch diskutiert, was Schulräte überhaupt in der Gewerkschaft zu suchen hätten. Keine ganz einfache Zeit für dich!

Das kann man wohl sagen; ich saß öfter zwischen den Stühlen. Damals als ich Oberschulrat wurde, ich war 36, stand in der blz: »Die GEW BERLIN entsendet einen ihrer sachkompetentesten und engagiertesten Funktionäre – die in gewerkschaftlicher Arbeit erworbene politische Überzeugungs- und Durchsetzungskraft wird der Oberschulrat Seiring ebenso brauchen wie die bewiesene Standfestigkeit seines kritisch-konstruktiven Engagements. Hierin wird es die GEW an Solidarität nicht fehlen lassen.« Das stimmte zunächst durchaus, die GEW war in vielen bildungspolitischen Fragen Vorreiter, man denke nur an die Gesamtschule, an die Vorklasse, die ich in Neukölln einführte. GEW-Entwürfe wurden in der Senatsverwaltung diskutiert und manches durchgesetzt. Aber das hat sich bald gegeben, da hieß es plötzlich »du bist Arbeitgeber« vonseiten der GEW. Ich habe dann meine Funktionen dort aufgegeben, das war auch OK, denn man muss ja auch einsehen, dass gewisse Interessengegensätze bestehen. Ich wurde dann zum Vorsitzenden der Fachgruppe Schulaufsicht gewählt, eine große Fachgruppe damals, in der sowohl der Landesschulrat Bath war als auch Carl-Heinz Evers, viele Ober-

WILFRIED SEIRING

Jahrgang 1935, und Leitender Oberschulrat a. D., war der erste Leiter des Landesschulamtes Berlin und ist gegenwärtig Direktor des Ausbildungsinstituts für Humanistische Lebenskunde. Seit 1960 GEW-Mitglied war er in Berlin und auf Bundesebene Vorsitzender des Ausschusses für junge Lehrer und Erzieher (AjLE) und von 1970 bis 1975 im Geschäftsführenden Landesvorstand der GEW BERLIN. Als AjLE-Vorsitzender forderte er 1971 in den »12 Punkten zur Demokratisierung der Schule« u.a. die Abschaffung des Berufsbeamtentums, die Wahl der Funktionsträger und die Drittelparität in den Schulgremien. Seit 1975 Vorsitzender der Fachgruppe Schulaufsicht und Schulverwaltung. Im Jahr 2000 erhielt er das Bundesverdienstkreuz am Bande. Er hat insbesondere auch als Beirat mitgewirkt bei der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, der Gedenkstätte Wannseekonferenz und der Gedenkstätte Marienfelde.

schulräte und die Mehrzahl der Schulräte in den Bezirken – die meisten sind dann im Zuge der Auseinandersetzung in der GEW BERLIN ausgetreten. Leider.

Du nicht, warum?

Weil die Verwaltung, die Exekutive, immer auch eine kontrollierende Gegenmacht braucht in Form der Gewerkschaften. Die GEW hatte immer einige hervorragende Persönlichkeiten, die progressive bildungspolitische Vorstellungen offensiv vertraten. Deren Vorstellungen wurden in der Senatsschulverwaltung diskutiert, oft auch eingearbeitet in eigene Vorstellungen. Ich fand und finde die Gewerkschaft als Gegenmacht wichtig, deswegen unterstütze ich sie – nicht als Amtsleiter unbedingt, aber als politisch denkender Bürger. Die Lehrerschaft konnte sich des Rechtsschutzes sicher sein, sie hat dem GEW-Vorsitzenden Frister eine bemerkenswerte Besoldungsverbesserung zu verdanken.

Aber bei der Gründung des Landesschulamtes ist der GEW-Rat dann nicht befolgt worden, und dann bist du auch noch der Leiter geworden.

Ja, das war schon etwas kurios. Denn wir hatten gerade in der Fachgruppe

Schulaufsicht einen Beschluss gefasst, in dem das LSA abgelehnt wurde, das war auch meine Position. In der Verwaltung war dies aber nicht durchsetzbar. Und Kleemann, der damalige Schulsenator, und alle anderen im Hause wollten unbedingt mich als Leiter haben. Man wusste von meiner SPD- und GEW-Mitgliedschaft, kannte meine DDR-Biografie – meine Biografie hat ja nicht nur zehn Jahre Faschismus aufzuweisen, sondern auch zehn Jahre Kommunismus: Nachdem ich in Greifswald relegiert wurde, habe ich in West-Berlin Examen gemacht. Zu hören war, dass mein politisch-biografischer Hintergrund und die langjährige Verwaltungserfahrung gewissermaßen das Gütesiegel für die parlamentarische Durchsetzung des LSA sein sollte.

Deswegen hast du das auf dich genommen?

Nicht nur. Denn die Einrichtung des LSA hatte ein auch für mich richtiges und wichtiges Ziel: einheitliche Verfahren in allen Bezirken zu organisieren. Bis dahin hing es sehr von der Person des Bildungsstadtrates ab, was zum Beispiel bei den Einstellungen, Umsetzungen, Beförderungen passierte. Da lief einiges in Kreuzberg ganz anders als in Zehlendorf. Deutlich wurde das beispielsweise auch bei der Gauck-Überprüfung der Lehrer aus den Ostbezirken, da gab es große Unterschiede. In Hellersdorf lief das sehr viel anders als in Lichtenberg. Und gerade bei der Gauck-Überprüfung haben mir auch die GEW-Personalräte Fingerspitzengefühl und Sensibilität bescheinigt, weil wir eben nicht schematisch vorgingen, sondern tatsächlich den Einzelfall genau betrachtet haben.

Diese Vereinheitlichung des Verwaltungshandelns war der begrüßenswerte Grund für das LSA, die offizielle Begründung »Kräftebündelung und finanzielle Ersparnis« war mehr oder weniger vorgeschoben. Diese Begründung musste später sogar erhalten, um die Auflösung des LSA zu begründen.

Und wie war die Zusammenarbeit mit der GEW damals? Da war ja Erhard Laube noch Vorsitzender.

Der Kontakt war damals eher abgebrochen. Ich bin aber nie persönlich angegriffen worden. Es ging immer um die Institution Landesschulamt – und da gab es genug Angriffsflächen, denn es wurden doch einige kräftige Fehler ge-

macht, kein Wunder, denn alle arbeiteten erfahrungsfrei; manches wurde zurecht kritisiert. Mal blieb eine Stelle zu lange unbesetzt, mal erfolgte eine Ausschreibung nicht korrekt.

Wilfried, du bist ja ein intimer Kenner der Senatsschulverwaltung und hast mit einer Reihe von Schulsenatoren zusammengearbeitet. Wen davon hast du besonders gut im Gedächtnis?

Das sind zwei ganz unterschiedliche Personen: Hanna-Renate Laurien und Sybille Volkholz. Beide verstanden etwas von Schule, sie wussten, wovon sie redeten – und sie ließen sich beraten.

Du hast doch sicherlich einen gewissen Einblick über deinen weiten Bekanntenkreis, wie andere mit dem Ruhestand zurechtkommen. Was hörst du da?

Wir sind zum Beispiel im »Kreidekreis« mit vielen Ehemaligen aus der Schulverwaltung zusammen. Das Erste, was ich da höre, ist Erleichterung, aber auch der Verlust an Bedeutung. Wer sich da nicht etwas parallel aufgebaut hat, weil er nicht dazu gekommen ist oder weil der Beruf eben das Leben war, hat mehr Schwierigkeiten. Ich fühle mich inzwischen ganz wohl in der HVD-Arbeit, aber auch mit meinen Hobbys, vor allem der japanischen Kunst und Literatur, aber auch anderes, zumal ich jetzt im Freundeskreis und in der Familie, hier insbesondere bei den Enkelkindern, helfen, beraten und unterstützen kann. Das war früher ja einfach zeitlich kaum möglich; bedauerlich, wenn Freundschaften vernachlässigt wurden. Und: Ich kann jetzt den Garten mit der Boulebahn genießen, den Fischteich; ich mach da zwar immer noch nicht viel, aber ich habe gelernt, wie man Brombeeren richtig schneidet. Und ich habe mir einen kleinen japanischen Garten angelegt. Mit anderen Worten: Ich fühle mich sehr wohl, obwohl die Institutsleitung auch Arbeit ist, aber eben keine fremdbestimmte Arbeit, ich kann sie mir einteilen. Wenn man so arbeiten kann, dann ist eine willkürliche Pensionsgrenze Unsinn. Dann könnte man viel flexibler mit der Altersgrenze sein. Allerdings nicht bei den Arbeitsbedingungen, die die Lehrer gegenwärtig haben, nicht bei diesen Klassenfrequenzen, der hohen Unterrichtsbelastung und den schwierigeren Rahmenbedingungen.

Wilfried, wir danken dir für dieses Gespräch.

Bewegende Erinnerung

Veranstaltung zum Gedenken an Carl-Heinz Evers

von Thomas Isensee, Lehrer im Ruhestand

Die »Jungen Alten« tun das, was ihnen zukommt: Brücken zu schlagen zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart und so die langen Traditionslinien unserer Gewerkschaftsarbeit wahrnehmbar zu machen. Und genau das tat Anfang Juni 2011 die Veranstaltung zur Erinnerung an den im letzten Jahr verstorbenen Carl-Heinz Evers.



Carl-Heinz Evers 1998 erschienene Erinnerungen geben einen guten Einblick in die Berliner Bildungspolitik insbesondere der 60er und 70er Jahre. Kenntnisreich und spannend geschrieben. (ISBN: 978 392 583 6459/29 €) FOTO: BUCH-UMSCHLAG

Die Erinnerung galt einer vielschichtigen Persönlichkeit. Da war der Bildungspolitiker, der die Berliner Schulpolitik als Landesschulrat und Schulsenator nicht nur eine Dekade lang (1959 bis 1970) gestaltet hat, sondern dessen schulpolitische und pädagogische Denkanstöße bis heute – je nach politischer Orientierung – Zuversicht verbreiten oder Anstoß erregen: Und da war der Hochschullehrer und publizistische Be-

gleiter der Bildungspolitik nach Ende seiner Amtszeit, und nicht zu vergessen der unermüdete Kämpfer für Menschenrechte und Friedens- und Entspannungspolitik.

Der Abend, von den »Jungen Alten« hervorragend vorbereitet und durchgeführt, versuchte dieser Vielschichtigkeit durch ein Kaleidoskop kurzer Vorträge gerecht zu werden: Eda Brandmayer las Auszüge aus Evers 1998 erschienenen Autobiografie »Zwischen-Fälle«, Lore Kujawa berichtete aus der persönlichen Zusammenarbeit mit Carl-Heinz Evers im Rahmen der Internationalen Liga für Menschenrechte, Thomas Isensee rief in Anknüpfung an die Vorgänge um Evers' Rücktritt 1970 seine schulpolitische Bedeutung in Erinnerung und verknüpfte sie mit der schulpolitischen Gegenwart. Mit Auszügen einer Fernsehdokumentation über die Familie Evers, vorbereitet und zur Verfügung gestellt von Joachim Dillinger, wurde auch das persönliche, familiäre Umfeld mit einbezogen.

So war die Grundlage für den abschließenden Gesprächskreis geschaffen, in dem persönliche wie politische Themen angeschnitten und persönliche Erinnerungen eingebracht wurden. Wilfried Seiring, damals im Mitarbeiterstab von Carl-Heinz Evers, hat mit einer anekdotischen Anmerkung über eine Eigenheit von Evers' Gesprächsführung bei der Besprechung von Vorlagen das Besondere seiner Denk- und Arbeitsweise für alle Teilnehmer deutlich gemacht. Bei apodiktischen Formulierungen oder Ewigkeitsformeln wie »immer« oder »nie« pflegte er zurückzufragen: »Immer?« »Nie?«, und brachte damit seinen Wunsch nach differenzierter, offener Argumentation zum Ausdruck, einer Argumentation, die den Weg zum Dialog offen ließ. Alle TeilnehmerInnen konnten dies als Evers' Vermächtnis mitnehmen. Für die anwesenden Angehörigen der Familie Evers war es eine bewegende Erinnerung an seine Persönlichkeit und ihre eigene Geschichte. ■



FOTO: PRIVAT

VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND

Übergänge im Leben sind immer mit freudigen Erwartungen und Neugier aber auch häufig mit Unsicherheit oder gar Angst verbunden. Gern möchte man/frau dann vielleicht einfach in den Tag hineinleben – aber wird das denn so einfach gehen? Gibt es nicht PartnerInnen, Eltern oder Kinder, die plötzlich andere Erwartungen haben (»Du hast ja jetzt Zeit!«)? Oder es brechen Gewohnheiten und Kontakte weg, die eine Leere verursachen. Etwas Vorbereitung und Planung ist also ratsam, um die Chance für eine zufriedenstellende Neuorientierung nutzen zu können.

Im vergangenen Winter hatte sich eine erste Gruppe zusammengefunden, um diesen Fragen nachzugehen. Zwei der TeilnehmerInnen hatten schon die Erfahrung einiger Wochen in der neuen Freiheit, bei anderen lag der Übergang noch bis zu zwei Jahren in der Zukunft. Schon dieser unterschiedliche Ausgangspunkt war Anregung genug, um Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten oder individuelle Wege zu überlegen. So bildeten sich schnell Themenschwerpunkte heraus, zu denen JedeR etwas beitragen wollte, Anregungen geben konnte oder Fragen hatte. Aufgabe der Moderation war es, den Diskussionsprozess zu strukturieren, einige Inputs zu geben und einen ergebnisorientierten Prozess zu steuern. Aber keine Sorge, das Leben ist und bleibt trotzdem bunt und voller

Überraschungen. Wir können ja nur ein paar Eckpunkte markieren, damit wir frei werden, mit den Überraschungen umzugehen.

Das Angebot ist aufgeführt im Bildungsprogramm in der Juli/August-blz oder unter www.gew-berlin.de (Seminare). Wir, Monika Rebitzki von den Jungen Alten und ihr Lebensgefährte Reinhard Selka, haben das Konzept erarbeitet und erprobt. Im Winterhalbjahr bieten wir wieder sechs monatliche Treffen an für Mitglieder, die sich auf den Berufsausstieg vorbereiten wollen. Wir sind beide inzwischen im unruhigen Ruhestand und schenken der GEW einen Teil der gewonnenen Freizeit. Noch Fragen? Meldet euch bei uns: Monika Rebitzki, Diplom-Pädagogin und Mediatorin und Reinhard Selka, Diplom-Soziologe. Mail: monika.rebitzki@arcor.de oder reinhard.selka@t-online.de Telefon: 030-4716174 (ab 2.10.)

Monika Rebitzki

RENTNER BETREIBEN LÄNGER SPORT

Fahrradfahren mit über 80 Jahren – heute ist das keine Seltenheit. Immer mehr Senioren treiben Sport, noch bis ins hohe Alter. Das hat auch der Landessportbund Berlin beobachtet. Waren 2001 noch 10,5 Prozent aller Berliner der Generation 50-plus in einem Sportverein aktiv, sind es in diesem Jahr bereits 12,5 Prozent. Bei den 50- bis 60-Jährigen sind das 58 157 Personen,

bei den Über-60-Jährigen sogar 95 439. Hauptmotivation für das sportliche Engagement sei das gestiegene Gesundheitsbewusstsein. Auch wenn manch einer erst im Ruhestand mit einer sportlichen Aktivität beginne, würden doch viele heute länger als früher »ihren« Sport weiterführen, besonders, wenn man ihn auch in Gesellschaft betreiben könne, erklärte Katja Sotzmann vom Landessportbund gegenüber der *Berliner Morgenpost*: »Die soziale Komponente ist groß, viele Gruppen machen erst zusammen Sport und danach noch gemeinsam kulturelle Aktivitäten.« Insbesondere Frauen würden beim Sport Kontakte knüpfen wollen, »Männer hingegen messen sich auch im Alter gern in ihren Leistungen.«

VOLLMACHT FÜR BEIHILFERECHTLICHE ANGELEGENHEITEN

Schwere Erkrankungen können uns alle treffen, deshalb ist es wichtig, sich rechtzeitig um eine Vorsorge zu kümmern. Die Vollmachterteilung für beihilfe- und versorgungsrechtliche Angelegenheiten ist dabei wichtig, denn nach den datenschutzrechtlichen Bestimmungen kann der Ehepartner ohne Vollmacht keinen Beihilfeantrag stellen oder sonstige Auskünfte einholen. Schon ein relativ kurzer Klinikaufenthalt kann dies erforderlich machen, denn die Kliniken oder Ärzte verlangen teilweise Vorauszahlungen, und in der Regel ist nach spätestens vier Wochen die Zahlungsfrist vorbei. Wenn man sich dann selbst noch in der Klinik oder in der Reha befindet, muss das jemand anderes erledigen und den Beihilfeantrag einreichen. Das Original der Vorsorge-Vollmacht sollte sich bei den eigenen Beihilfeunterlagen befinden. Eine Kopie der von beiden Partnern unterschriebenen Vollmacht sollte dem Bevollmächtigten übergeben werden. Eine zweite Kopie kommt zu den eigenen Akten. Das Landesverwaltungsamt leistet Zahlungen auf das Konto, auf das auch die Versorgungsbezüge überwiesen werden. Deshalb kommen Beihilfe-Bevollmächtigte nur an die Zahlungen heran, wenn sie auch eine Bankvollmacht haben. Beim Landesverwaltungsamt Berlin gibt es einen Vordruck für die Vollmacht: www.berlin.de/landesverwaltungsamt/beihilfe/(Formulare/Merkblätter, 8. Sonstige Informationen und Anträge)

WIR ALTEN KENNEN VIELE LIEDER

Erster SeniorInnentag der GEW BERLIN am 12. Oktober 2011

Er findet am Mittwoch, dem 12. Oktober von 9 bis 15 Uhr statt. In den Workshops werden für SeniorInnen interessante Themen angesprochen. Nach einem Vortrag über »Renten, Pensionen und der demografische Faktor« geht es um 10.30 Uhr weiter in den Workshops. Nach dem Mittagessen und den Workshops spricht um 14.30 Uhr Knut Lambertin (DGB Bundesvorstand) über das Thema »Gesundheitsreform – Fluch oder Segen?« mit anschließender Diskussion. Die Workshops:

- Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht, Testament (Frank Schade, HVD)
- Wohnen im Alter, Modelle und Konzepte (Theo Killewald, Stadtbau)
- Wie kann ich mich schützen vor Kriminalität? (Präventionsteam der Gewerkschaft der Polizei)
- Chorsingen (Gerd Schrecker, Leiter des GEW-Chors)
- Was man noch alles im Alter lernen kann (Eda Brandmayer)
- »Tritt einen Schritt zurück« (Lesung mit Eva Jaeggi)
- Wenn ich Pflege brauche – Modelle und Konzepte (Elisabeth Kronseder, Seniorenberatung »Rund ums Alter«)
- Keine Angst vorm Computer (Peter Sperling, Dennis Pommer)

Begrenzte Teilnehmerzahl. Bitte bis zum 23. September anmelden mit Angabe der gewünschten Workshops.

Tage im 4 Mai



Ein Film von Achim von Borries

AB 29. SEPTEMBER
IM KINO

*Manchmal verläuft die Grenze
nicht zwischen Freund und Feind,
sondern allein zwischen Gut und Böse.*



**Begleitmaterialien für den Schulunterricht
unter www.4TageimMai.x-verleih.de**

FESTIVAL DEL FILM
LOCARNO 2011
Piazza Grande



Ein bürokratisches Monster

Das Bildungs- und Teilhabepaket und seine Umsetzung

Stellungnahme der GEW BERLIN

Das von der Bundesregierung geschnürte Bildungs- und Teilhabepaket, das rückwirkend zum 1. Januar 2011 in Kraft trat, soll sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zusätzliche Unterstützung bieten. Doch die Hürde, diese zusätzlichen Leistungen in Anspruch zu nehmen, ist durch das bürokratische Antragsverfahren sehr hoch. Bis Ende Juni haben nur 13 Prozent der antragsberechtigten Eltern das Angebot genutzt. Zudem verbergen sich für Institutionen wie Kitas, Schulen, Musikschulen, Sportvereine mehr unklare und mit einem zusätzlichen Aufwand verbundene Regelungen darin. Ihre Umsetzung bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für die Beschäftigten. Die einzelnen Bundesländer müssen dafür Sorge tragen, dass die aus dem Gesetz entstehenden Aufgaben umgesetzt werden.

Mehrarbeit an Kindertagesstätten

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes sind nun für Kinder in Kindertageseinrichtungen Regelungen zum Zuschuss für das Mittagessen von 3 Euro pro Monat und für die Übernahme von Kosten bei Tagesausflügen geschaffen worden. Diese Leistungen müssen über das Jugendamt abgerechnet werden. Die Abrechnungen sollen die KollegInnen vor Ort erbringen. Diese zusätzlichen Verwaltungstätigkeiten werden den Trägern von Kindertageseinrichtungen bisher nicht erstattet.

Mehrarbeit an Schulen

Die Lernförderung durch freie Träger ist eine Säule im Paket. Ihre praktische Umsetzung ist mit einem hohen bürokrati-

schon Aufwand verbunden. Lehrkräfte sollen einem Antrag auf ergänzende Lernförderung zustimmen oder ihn begründet ablehnen, kompetente freie Träger suchen, Absprachen mit den Nachhilfelehrern halten. Das ist eine deutliche zusätzliche Belastung. Hinzu kommt die Frage nach der Qualitätssicherung: Wer garantiert die Qualität? Wer überprüft die Träger und die eingesetzten NachhilfelehrerInnen? Wer trägt die Verantwortung für den Lernerfolg? Die Schulen können die Kontrolle nicht leisten, insbesondere an den Brennpunktschulen. Die GEW BERLIN lehnt dieses Angebot der Lernförderung an öffentlichen Schulen ab, da die individuelle Lernförderung in den schulischen Aufgabenbereich gehört. Die GEW BERLIN hält es für sinnvoller, mit den für das Bildungs- und Teilhabepaket bestimmten Finanzmitteln kleinere Klassen und erweiterten Förderunterricht durch qualifizierte LehrerInnen an den stark betroffenen Schulen zu sichern.

Die eintägigen Ausflüge gehören zum Schulalltag, sind regelmäßiger Bestandteil des Schullebens. Die Organisation der eintägigen Ausflüge ist nur mit zusätzlichem Verwaltungsaufwand möglich. Die Regelung, dass die Verwaltung der Mittel zunächst über die Privatkonten der LehrerInnen erfolgen sollte, hält die GEW BERLIN für dienstrechtlich nicht zulässig. Stand ist jetzt, dass nach anderen schulinternen Lösungen wie zum Beispiel über ein Schulkonto verfahren werden soll. Zu befürchten ist, dass unter den gegebenen Bedingungen kaum Ausflüge, die auch mit Kosten verbunden sind, stattfinden.

Der Verwaltungsaufwand bleibt teils in den Schulsekretariaten hängen. Sie sollen unter anderem die Schulkonten ver-

walten, Listen der SchülerInnen mit Berlinpass führen. Das ist vor allem an Brennpunktschulen nicht hinnehmbar. Die zusätzlichen Belastungen müssen kompensiert und die Ausstattung der Sekretariate an die Schulsituation angepasst werden.

Fazit

Das von der Bundesregierung verabschiedete Bildungs- und Teilhabepaket ist mit großen Mängeln behaftet. Das Ziel, sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche besser zu fördern, wird damit nicht zu erreichen sein. Die GEW BERLIN fordert deshalb die Änderung dieses Gesetzes. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die den betroffenen Kindern und Jugendlichen ohne bürokratische Hürden eine Teilhabe an Bildungsangeboten, an individueller Lernförderung sowie an kulturellen Angeboten ermöglichen. Die Institutionen, die Kinder und Jugendliche unterstützen und fördern, müssen so ausgestattet werden, dass sie diese Aufgabe lösen können. Anstatt den KollegInnen bürokratische Mehrarbeit aufzubürden, sollten mehr Personal- und Sachkosten in die Bildungseinrichtungen fließen, damit die Förderung als selbstverständliche Aufgabe umgesetzt werden kann.

Es bleibt abzuwarten, wie die einzelnen Maßnahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes jetzt konkret in den Berliner Bildungseinrichtungen umgesetzt werden und welche zusätzlichen Aufgaben auf die KollegInnen zukommen werden. Die GEW BERLIN nimmt eure Erfahrungen und Hinweise gern auf, um Vorschläge für Verfahrensalternativen zu entwickeln. ■

ALTE STÄRKEN

Landesvorstand beschließt ganztägigen Protesttag

von Holger Dehring, Vorstandsbereich Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik

Der Berliner Senat ist weiterhin nicht bereit, mit der GEW BERLIN arbeitsentlastende Maßnahmen für die Berliner Lehrkräfte zu vereinbaren oder selbst einzuleiten.

Senator Zöllner hat im Gespräch Ende Juni 2011 uns gegenüber bekundet, dass er die Vorschläge der GEW BERLIN zur Reduzierung der Arbeitsbelastung – insbesondere für ältere Lehrkräfte – für sinnvoll hält und sie nach seiner Auffassung zumindest teilweise sofort umgesetzt werden könnten. Er konnte sich aber offenbar im Berliner Senat nicht durchsetzen, denn dieser hat sich dagegen entschieden:

Weder die Wiedereinführung von Altersermäßigung und/oder Altersteilzeit noch ein flexibler Umgang mit den Arbeitszeitkonten seien aus finanziellen Gründen umsetzbar. Eine allgemeine Reduzierung

der wöchentlichen Pflichtstundenzahl käme schon gar nicht infrage. Lehrkräfte, die sich zu stark belastet fühlten, könnten ja ihre Arbeitszeit reduzieren und somit auch selbst zu ihrer Gesundheit beitragen.

Der Beschluss des Landesvorstandes für einen ganztägigen Protesttag ist die konsequente Folge dieser Ignoranz und Missachtung. Wir müssen davon ausgehen, dass unsere Interessen nur dann berücksichtigt werden, wenn wir in der Lage sind, unseren Protest zu verstärken. Am 5. April 2011 haben sich mehr als 5.000 Lehrkräfte aktiv an der Aktion »5 vor 12« beteiligt. Gemeinsam mit SchülerInnen und mit Unterstützung des Landeselternausschusses haben wir am 17. Juni 2011 erneut für bessere Bedingungen an den Berliner Schulen demonstriert. Das hat nicht gereicht. Nun wollen wir den Zeitraum bis zur Abgeordnetenhauswahl so gestalten, dass

sich die Parteien mit dem Thema »Arbeitsentlastung für Lehrkräfte« befassen müssen und uns die Möglichkeit eröffnet wird, aktiv die Koalitionsverhandlungen zu beeinflussen. Das wird aber nur gelingen, wenn wir unsere Aktivitäten verstärken.

Für Anfang September haben wir erneut mit Eltern und Schülern geplant, eine Demonstration zum Thema »Für eine bessere Schule« durchzuführen. Im Rahmen der Kampagne »ALTE STÄRKEN« soll der Protesttag am 28. September 2011 den Schwerpunkt darstellen. Daneben werden in einzelnen Regionen Personalversammlungen stattfinden, die sich mit dem Thema befassen.

Wir wissen, dass es nicht einfach sein wird, sich in den Schulen erneut für einen Streik zu motivieren. Denn die

Reaktionen der Senatsschulverwaltung auf den Protest am 5. April haben gezeigt, dass der Berliner Senat weiterhin versuchen wird, Lehrkräfte einzuschüchtern. In welchem Maße das erneut erfolgen wird, ist schwer einzuschätzen. Bisher konnten wir davon ausgehen, dass die »Disziplinierungsversuche« eher niederschwellig sind.

Ob das auch für die kommende Protestaktion zutrifft, werden die nächsten Wochen zeigen. Weitere und aktuelle Informationen gibt es auf der Homepage der GEW BERLIN. Außerdem informieren wir auf einer Informationsveranstaltung ausgiebig über mögliche disziplinarische Folgen der Protestaktion.

Ich bin mir sicher. Es wird dem Berliner Senat nicht gelingen, unseren Protest zum Erlahmen zu bringen. Lehrkräfte brauchen eine Arbeitsentlastung, jetzt dringender als je zuvor.

Im Rahmen der Kampagne »ALTE STÄRKEN« soll der Protesttag am 28. September den Schwerpunkt darstellen.



Hiermit bestelle ich das GEW-Zeugnisprogramm:

Name

Vorname

Straße / Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

GEW-Mitglied:

Mitgliedsnummer

CD-Version

Online-Version

ausgedrucktes Handbuch (+ 7,-)

Schulart

Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden (Blockschrift, z. B. »E.Muster«, »Erika Muster« oder »Muster«...)?

Den Betrag von Euro _____ habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00, bei der SEB-Bank Berlin, BLZ: 100 101 11, überwiesen.

Ort/Datum

Unterschrift

»Qualitätspaket 2.0« – Nicht viel Neues für die Bildung

Die Stellungnahme der GEW BERLIN in Auszügen

von Sigrid Baumgardt, Vorstandsbereich, Vorsitzende der GEW BERLIN

Was hat die Diskussion nach der ersten Veröffentlichung des Qualitätspakets gebracht, das fragt man sich bei der Lektüre des Maßnahmekatalogs, der aus 31 Unterpunkten besteht. Auch dieses »Qualitätspaket« ist geprägt von der Vorstellung, mehr Kontrolle von oben und auch mehr Entscheidungsrechte für die Schulleitungen seien notwendig, um für qualitativ hochwertige Arbeit in den Bildungseinrichtungen zu sorgen. Populäre Maßnahmen wie die Einführung von Strafen für Eltern und SchülerInnen fürs »Schwänzen« und die Beurteilung von Lehrkräften durch SchülerInnen sind aber noch kein großer Wurf.

Beispiel Kindertagesstätten

Der Kern der für die Kindertagesstätten vorgesehenen Maßnahmen besteht aus Vorschlägen zur Verbesserung der Sprachförderung sowie des Kitabesuchs. Die Ziele werden von der GEW BERLIN begrüßt, allerdings erkennen wir nicht, wie sie mit den Vorschlägen realisiert werden sollen.

Zur Förderung des Kitabesuchs: Als positiv für die Entwicklung des Kindes hat sich ein möglichst früher Kitabesuch erwiesen. Problematisch ist es, diesen mit Sanktionen gegen die Eltern zu verbinden.

Zur Sprachförderung: Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Integration. Für den Alltag in den Kitas heißt das, Sprachförderung gelingt durch alltagsintegrierte Sprachentwicklungsbegleitung: Kinder lernen Sprache durch Sprechen. Das Qualitätspaket setzt aber stattdessen auf weitere Untersuchungen/Tests, die bereits teils vor dem vierten Lebensjahr durchgeführt werden sollen. Außerdem soll ein frühkindlicher Grundwortschatz erarbeitet

werden. Kinder lernen in sprachanregenden, mit ihrer Lebenswelt verbundenen Situationen. Dabei sind Wortschatzlisten wenig hilfreich. Besser wäre die Ausweitung des Programms »Sprachförderung für Kinder unter drei Jahren« des Bundesministeriums und die Investition in zusätzliches qualifiziertes Fachpersonal. ErzieherInnen brauchen darüber hinaus ausreichend Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit, Vorbereitung und Dokumentation, für Beratung und Fort- und Weiterbildungsangebote.

Beispiel Schule

Bei den Aussagen des »Qualitätspakets« zu den Schulen lässt sich als Grundproblem weiter der vereinzelnde Ansatz festhalten. Schulen sollen einzelnen Konzepte zur Verbesserung der Bildungsqualität entwickeln, deren Ergebnisse dann aber vor allem in Form von Tests miteinander verglichen werden sollen. Diese Herangehensweise ignoriert die unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Schulen und treibt die Schulen in Konkurrenz zueinander. Grundsätzlich bedauert die GEW, dass die für den Bereich Schule gemachten Vorschläge ausblenden, dass es in Berlin an allen Grundschulen sowie an den integrierten Sekundarschulen einen offenen oder gebundenen Ganztagsbetrieb gibt. Ganztagschulen sind vor allem deshalb eingerichtet worden, um Bildungsbenachteiligungen abzubauen und eine bestmögliche (Sprach-) Förderung aller SchülerInnen zu erzielen. Zur Qualitätsverbesserung fordert die GEW BERLIN deshalb, dass alle SchülerInnen einen Anspruch auf den ganztägigen Schulbesuch haben.

Sprachförderung: Das Hauptproblem der Sprachförderung an Berliner Schulen liegt nicht im Fehlen von Konzepten

oder Qualifikationen, sondern im Fehlen von Mitteln. Die Bindung der Mittelvergabe an ein Konzept mag sinnvoll sein. Warum den Aufwand aber jede Schule einzeln leisten muss, ist nicht nachvollziehbar. Die Vergabe zusätzlicher Mittel nach wissenschaftlicher Expertise hört sich gut an, bleibt aber vorerst nur eine Ankündigung.

Die Veröffentlichung von Daten einzelner Schulen kann nützlich sein, wenn als Konsequenz problematischer Zahlen vonseiten der Senatsverwaltung personelle und materielle Unterstützung zur Verfügung gestellt wird. Ansonsten droht lediglich die Stigmatisierung der Einzelschule. Die Senatsverwaltung ist der Meinung, dass die Veröffentlichung von quantifizierten Ergebnissen die Lehr- und Lernleistungen erschöpfend abbilde. Das Gegenteil ist der Fall, denn »Teaching for the test« trägt nicht zwingend zur Steigerung der Bildungsqualität bei. Das Hauptproblem bei VERA 3 und VERA 8 ist die Existenz dieser Vergleichsarbeiten in der derzeitigen Form. Die GEW begrüßt ausdrücklich den Verzicht auf die Veröffentlichung der Ergebnisse und sieht darin einen Erfolg ihres Engagements.

Zur Anerkennungskultur: Glaubwürdige Anerkennung würden Beschäftigte sehen, wenn die Senatsverwaltung das Problem der Überlastung angehen, für Entlastung sorgen und gesund erhaltende, präventive Maßnahmen ergreifen würde. Außerdem werden derzeit die sozialpädagogischen Fachkräfte ausgeblendet. Empfänge und Preise für die Besten, Freikarten für SchülerInnen, reichen nicht aus.

Qualitätsentwicklung und Organisationsmanagement: Die Evaluation des Unterrichts durch SchülerInnen ist grundsätzlich sinnvoll, die Verbindlichkeit ist an dieser Stelle aber für die Motivation der KollegInnen eher ein Hemmnis.



FOTO: KAT HERSCHELMANN

Die Möglichkeit für die Schulen in der Schulanfangsphase (SAPh) von der Pflicht zur Altersmischung abzugehen und abweichende Konzepte zu entwickeln, trägt zum Abbau von Überlastung an einigen Schulen bei. Notwendiger wäre allerdings eine bessere personelle und räumliche Ausstattung der SAPh.

Berufliche Schulen werden zu Kompetenzzentren: In § 35 (1) Satz 3 SchulG steht: »Sie können in Absprache mit den Partnern in der dualen Ausbildung berufliche Fort- und Weiterbildungslehrgänge anbieten und sollen sich zu Kompetenzzentren entwickeln.« Geht das in der jetzigen Rechtsform, also als nicht rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts? Die GEW BERLIN rät der Senatsbildungsverwaltung, erst nach ausgiebiger Beratung auch mit den Verbänden und Gewerk-

schaften über die passende Rechtsform zu befinden.

Für Lehrkräfte sieht das Qualitätspaket eine einjährige Berufseinstiegsphase mit Angeboten zur begleitenden Unterstützung vor. 26 ModeratorInnen erhielten eine 17-monatige Weiterbildung zur Erlangung verschiedener Kompetenzen wie Moderation, Beratung, Zeitmanagement und in kollegialer Fallberatung. Sie werden für ihre Tätigkeit großzügig freigestellt. Die BerufseinsteigerInnen selbst sollen ohne jede Freistellung oder Anrechnung an den Seminaren zwölfmal im Jahr teilnehmen. Unterstützung für den Berufseinstieg ist wichtig und richtig, aber sie muss sich an den Bedürfnissen der BerufseinsteigerInnen orientieren. Nach dem ersten Durchlauf muss eine Evaluation erfolgen. Auch Fachcoaches zur Verbesserung des Fachun-

terrichts sind sinnvoll. Ein Grundproblem ist allerdings das Misstrauen der Senatsverwaltung gegenüber den Schulen. Die GEW BERLIN ist der Ansicht, dass gute Angebote auch angenommen werden: Verpflichtung kann Überzeugung nicht ersetzen. Den Fortbildungsbedarf innerhalb der Schule festzustellen, ist auch eine gute Idee. Warum das nur die Schulleitung tun soll, bleibt unverständlich.

Schlussfolgerung

Die GEW BERLIN setzt sich ein für mehr Vertrauen der Senatsschulverwaltung in die Arbeit ihrer Beschäftigten und für eine Rückkehr zu mehr demokratischer Beteiligung und Transparenz bei der Qualitätsentwicklung. ■

4 Tage im Mai

Voraufführung für GEW-Mitglieder am 18. September 2011

von der Kultur-AG

Vier Tage im Mai, vier Tage vor Ende des Zweiten Weltkriegs in Deutschland: Ein sowjetischer Spähtrupp besetzt ein bewohntes Kinderheim an einem der wenigen natürlichen Häfen an der Ostsee. Eine deutsche Wehrmachts-einheit mit zwanzigfacher Übermacht lagert in Sichtweite. Alle sind müde: jahrelanges Kämpfen, jahrelanges Leid, das erlösende Kriegsende endlich in Reichweite. Aller Vorurteile und Unterschiede zum Trotz versuchen sich die acht Sowjets mit den dreißig Mädchen, der adeligen Heimleiterin und ihrem 13-jährigen Großneffen zu arrangieren. Doch der Junge wehrt sich, ist doch der Endsieg sein großer Traum, der Krieg noch nicht verloren – und so setzt er alles daran, die deutsche Truppe in den Kampf gegen die wenigen sowjetischen Belagerer zu treiben. Als aber plötzlich die sowjetische Haupttruppe, und mit ihr alle Gräueltaten des Krieges, ins Kinderheim einfällt, geschieht an diesem verlassenem Teil der Ostseeküste etwas, mit dem



Szenenfoto: Erst Feind, dann Freund.

FOTO: VERLEIH

wirklich niemand gerechnet hat. Eine wahre Geschichte: *4 Tage im Mai* erzählt von der ungewöhnlichen und zutiefst

menschlichen Begegnung zwischen einem deutschen Jungen und einem sowjetischen Hauptmann. Ein Sohn ohne Vater. Ein Vater ohne Sohn. Zwei Feinde in den letzten Tagen des Krieges. Eine Geschichte von Vergebung und Respekt, vom Überwinden von Vorurteilen, vom Sieg der Menschlichkeit. Eine Parabel über Schuld und Sühne – fernab von Klischees und Schuldzuweisungen.

Regisseur Achim von Borries (Was nützt die Liebe in Gedanken) erzählt die Geschichte nach einer wahren Begebenheit. Der Film wurde von Stefan Arndt, X Filme Creative Pool (Das weiße Band, Good bye, Lenin), zusammen mit Alexei Guskov im Sommer 2010 an der deutschen Ostseeküste produziert.

Der Film startet am 29. September in den Kinos. Wir zeigen ihn in Kooperation mit dem Filmverleih in einer Voraufführung am **Sonntag, 18. September um 12.45 Uhr** im Colosseum UCI KINOWELT. Karten sind über die GEW-Geschäftsstelle oder www.gew-berlin.de erhältlich. ■

Gewerkschaftsrechte unterm Halbmond

Warum LehrgewerkschafterInnen in der Türkei verfolgt werden

von Manfred Brinkmann, Referent für Internationales beim GEW-Hauptvorstand

Das war ein richtiger Schock, als ich nachts von der Polizei auf der Fahrt von Istanbul nach Ankara aus dem Bus heraus verhaftet wurde«, berichtet Gülcin Isbert. Die Lehrerin und ehemalige Frauensekretärin der türkischen Bildungsgewerkschaft Egitim Sen sowie weitere 29 Gewerkschafter wurden im Mai 2009 in verschiedenen Städten der Türkei ohne Angabe von Gründen festgenommen und ins Gefängnis nach Izmir gebracht. Ein halbes Jahr dauerte es, bis endlich der Prozess begann. Nicht zum ersten Mal wird Egitim Sen vom türkischen Staat verfolgt. Bereits in den neunziger Jahren war die Bildungsgewerkschaft von Verbot bedroht, weil sie für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage und für das Recht auf muttersprachlichen Unterricht eintritt.

Vor dem Strafgerichtshof in Izmir wird den Angeklagten vorgeworfen, Terroristen zu sein und unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Tätigkeit für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK zu arbeiten. Dies wird von den Ge-

werkschaftern vehement bestritten. Wohl auch wegen der zahlreichen internationalen Beobachter, die zum Prozessauftritt im November 2009 nach Izmir gereist waren, um Solidarität zu zeigen und Öffentlichkeit herzustellen, hob das Gericht nach zwei Verhandlungstagen den Haftbefehl überraschend auf. Die Anklage besteht jedoch fort. Vier weitere Prozesstermine haben seitdem stattgefunden – ohne ein Urteil. Gülcin Isbert und die anderen Mitangeklagten müssen sich regelmäßig polizeilich melden und dürfen die Türkei nicht verlassen.

Veranstaltung in Berlin

Der Prozess gegen die LehrerInnen der Egitim Sen ist kein Einzelfall. Unabhängige und starke Gewerkschaften werden von der türkischen Regierung weiterhin als Gefahr wahrgenommen und nicht als Teil einer demokratischen Gesellschaft akzeptiert. Aktive Gewerkschafter werden verfolgt, entlassen, an-

geklagt und mit Gefängnisstrafen belegt. Gewerkschaftlich engagierte Lehrer werden vom Staat zur Strafe oft in abgelegene Regionen versetzt. Das Streikrecht ist vielen Arbeitnehmern versagt, insbesondere Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Obwohl von der Europäischen Union im Zuge der Beitrittsverhandlung mit der Türkei bereits mehrfach angemahnt, hat das türkische Parlament bis heute kein neues Gewerkschaftsgesetz verabschiedet, das den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entspricht.

Auf Einladung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Friedrich-Ebert-Stiftung werden die vier Egitim Sen Gewerkschafter Unsal Yildiz, Abdullah Karahan, Ecevit Odabasi und Hasan Olgun in der Zeit vom 18. bis 29. September in Deutschland sein, um über die Situation in der Türkei und die Arbeit ihrer Gewerkschaft zu berichten. Die Veranstaltung in Berlin findet am **28. September 2011 um 19 Uhr im DGB-Haus** in der Keithstraße 1 (U-Bhf Wittenbergplatz) statt.



FOTO: PRIVAT

ANZEIGE

Wir haben die Weichen für ein gerechtes und modernes Schulsystem gestellt. Jetzt kommt es auf die Umsetzung an:

Die Gemeinschaftsschulen sind Vorreiter für gute Bildung. Mehr als 20 Schulen gehen schon freiwillig diesen Weg.

Mit uns kommen weitere hinzu.

Die Integrierten Sekundarschulen sind erfolgreich gestartet.

Mit uns gibt es mehr Chancengleichheit, bessere individuelle Förderung und gleichwertige Schulabschlüsse.

Die Grundschulen brauchen mehr Unterstützung.

Mit uns werden sie besser ausgestattet.

Die Ganztagsförderung soll ausgebaut werden.

Mit uns erhalten alle Grundschulkindern einen Rechtsanspruch darauf, die »Hort-Lücke« soll geschlossen werden.

Inklusion ist Impuls für die Schulentwicklung.

Mit uns wird sie kein Sparmodell.

Gute Schule braucht eine gute Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Mit uns wird sie grundlegend reformiert.

Informationen unter 030/24 00 92 89 oder auf www.das-soziale-berlin.de

Mehr
Klasse für
Schulen!
DIE LINKE.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Fortsetzung von Seite 5

der GEW. Der »Standpunkt« ist für mich ein Hoffnungsschimmer – , aber dass die Redaktion erst »heiß und lange« darüber diskutieren musste, diesen Standpunkt zu veröffentlichen...:-(

Mein Appell: Kündigt die »informelle Koalition« (siehe Absatz 1 Satz 1 im Standpunkt) und helft durch verstärkte Aufklärung über die Unterschiede bei der Entlohnung, die Entsolidarisierung im Lehrzimmer und den Frust bei den Nachwuchskollegen einzudämmen.

Björn Raasch

Standpunkt Wolfgang Harnischfeger Juli/August-blz

Ich bin kein notorischer Leserbriefschreiber, Harnischfeger wollte ich aber beipflichten, denn das Thema »Verbeamtung« ist für Berlin beileibe kein Ruhmesblatt. Einig bin ich mit ihm, wenn er sagt, dass die Verbeamtung von Lehrern nicht zwingend sei, da sie ja keine hoheitlichen Aufgaben oder Funktionen ausüben. Aber dass wir jetzt unsere jungen und sehr qualifizierten Uni-Absolventen an besser bezahlende (weil auch verbeamtende) Bundesländer verlieren, ist für Berlin ein Aderlass, der nicht hingenommen werden kann. Vor einigen Jahren noch wurde meiner Frau (Französin, mit Beamtenstatus in Frankreich) angeboten, Beamtin zu werden. Damals wollte sich Berlin die Versicherungs- und sonstigen Beitragskosten auf Deibel komm raus sparen. Hätte sie das Angebot nur angenommen, dann hätte sie jetzt eine gute Pension und keine mittelprächtige Rente von rund 1.400 Euro (VBL inclusive). Ich sehe eine große Ungerechtigkeit gerade in den Versorgungsbezügen. Ein Kollege, der fast 40 Jahre als angestellter Unidozent gewirkt hat, bekommt generöse 1.400 bis 1.500 Euro Rente, VBL nicht eingerechnet. Als Beamter hätte er das Doppelte an Pension und wäre versicherungstechnisch (Krankenversicherung) ebenfalls besser versorgt. Ich weiß, wovon ich rede und fühle mich als ehemaliger Beamter (der ich nicht werden wollte, man meinte ja als junger Mensch, dem

Beamtentum hänge der Ruch des spiessigen Bürgers mit Ärmelschonern an) gut versorgt. Trotzdem finde ich die Situation für die nicht verbeamteten Kollegen zutiefst unbefriedigend und auch entwürdigend.

Peter Klaus

Gelber Unterrock der Grünen, Juli/August-blz

Das ist nun wirklich ein dummer Artikel. Oder er will uns für Dummies verkaufen. 80 bis 90 Prozent (eher mehr) der Wähler von Grün wählten und wählen diese Partei nicht wegen ihrer Schulpolitik. Sie wählen »Grün« wegen der konsequenten Abschaltungspolitik seit Jahrzehnten: Atomkraft Nein Danke! Dazu kommt das wirklich ehrliche Bekenntnis zur Natur. CDU: mehr Atomkraft, bis gestern. SPD: wenn es nicht anders geht, dann ist es mit »dem Atom« schon in Ordnung. Ich hoffe, Eckhard Rieke wird mit mir zusammen (Jahrgang 1942) noch den Bundeskanzler Trittin erleben. Die Berliner Wahl steht an. 23 Prozent CDU, 24 Prozent SPD, 25 Prozent Grüne. Was macht die SPD? Natürlich die von allen nicht geliebte Große Koalition. Juniorpartner der Grünen? Undenkbar (meinen sie). Wer wie ich und Eckhard Rieke länger im Schuldienst war, kennt Sybille Volkholz von den Grünen als Schulsenatorin. Im rot-grünen Senat gab es damals kein Zuckerschlecken für die LehrerInnen. Aber schon die Parole »Weg mit der Atomenergie!«.

Bernd Tietze

Forderungen an die Politik zur Berliner Abgeordnetenhauswahl, Juli/August-blz 2011

Ihre Analyse unseres Wahlprogramms und unserer Bildungspolitik erscheint mir etwas ungenau. Die Berliner SPD konnte in den letzten Jahren in der Berliner Bildungslandschaft vieles bewirken. Wir haben eine wichtige Schulreform durchgeführt und die Kitas zu Orten der Bildung ausgebaut; gute Bildung ist in Berlin gebührenfrei von der Kita bis zur Uni. Über 500 Millionen Euro wurden investiert, 16.000 neue Kitaplätze geschaffen, 7.000 neue Plätze für Studienanfänger. Schulfrieden bedeutet, in der kommenden Wahlperiode qualitative Verbesserungen zu erzielen, aber keine weitere Strukturreform durchzuführen. Auch die Umsetzung des Gesamtkonzeptes »Inklusive Schule« ist

von langer Hand vorbereitet. Seit 2004 ist der Vorrang gemeinsamer Bildung und Erziehung im Berliner Schulgesetz festgelegt. Es ist also unangemessen, in diesem Zusammenhang von »Schulkrieg« oder auch von »tiefgreifenden Veränderungen« zu sprechen. Ein abschließender Hinweis: Wir sind stolz auf die positive Entwicklung Berlins in den letzten zehn Jahren, maßgeblich vorangetrieben von Klaus Wowereit und der SPD. Unser Wahlprogramm heißt dennoch nicht »Stolz auf Berlin« wie das Motto unseres Landesparteitags, sondern schlicht »BERLINprogramm 2011-2016«.

Michael Müller,

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Berlin

Seminarprogramm in der Juli/August-blz 2011

Als Sozialpädagoge bin ich mal wieder sehr enttäuscht vom Seminarprogramm. Die Bereiche Schule, Hochschule und Kita sind dort breit mit Spezialveranstaltungen vertreten, für Sozialpädagogen gibt es nichts. Wenn es schon keine solchen Angebote gibt: Warum werden nicht Themen, die alle Bereiche der Pädagogik ansprechen auch für alle Mitglieder geöffnet und als interdisziplinäre Seminare konzipiert? Mit Kindeswohlgefährdung (Seminar im Bereich Schule) müssen sich alle Bereiche der Pädagogik auseinandersetzen. In einem offenen Seminar wäre ein fachlicher Austausch zwischen Lehrern, Erziehern, Dozenten und Sozialpädagogen sehr naheliegend.

Stefan Dornbach

Neugefasste Notfallpläne, Juli/August-blz

Unter der vollständig irreführenden Überschrift »Neugefasste Notfallpläne« veröffentlicht die blz eine Presseerklärung der Initiative »Grundschulen im sozialen Brennpunkt«, was ich für ein Unding halte. Dieser Beitrag, den ich inhaltlich durchaus unterstütze und für beachtenswert halte, hat mit den »Notfallplänen für Berliner Schulen« nicht das geringste zu tun. Der Bezug sollte wahrscheinlich Galgen-Witz ausstrahlen. Dadurch wird aber der dumme Eindruck erweckt, diese Notfallpläne seien unzureichend, und nicht die Personalausstattung der Schulen. Das halte ich für in hohem Maße bedauerlich und unangebracht und für unsere gemeinsamen An-

► liegen kontraproduktiv. Die blz-Redaktion ist nicht nur Durchwinkende, sondern muss auch verantwortlich handeln! Die Notfallpläne sollten positive Beachtung finden!

Stefan Brandt

Neugefasste Notfallpläne, Juli/August-blz 2011-07-25

Ich bin etwas entsetzt über den konstruierten Zusammenhang zwischen den Notfallplänen und den in der Presseerklärung der Initiative genannten erheblichen Mängeln, insbesondere der Personalausstattung. Beide Bereiche haben nichts miteinander zu tun. Bedauerlicherweise bekommen die LeserInnen bereits in der Überschrift suggeriert, dass unzulängliche Notfallpläne von der Schulverwaltung herausgegeben worden sind. Die Notfallpläne des Landes Berlin sind seit 2005 nach Angaben aus den Schulen eine äußerst hilfreiche Handlungsanleitung. Die jetzige Neuauflage ist durch ein Redaktionsteam der Gewaltpräventions- und Kriseninterventionspsychologen aus der Schulverwaltung in Abstimmung mit der Berliner Polizei bearbeitet worden. Zahlreiche Bundesländer haben inzwischen die Inhalte in sehr ähnlicher Form übernommen.

Dieter Paetsch,

Vereinigung Berliner Schulpsychologinnen in der GEW BERLIN

ErzieherIn – ein Beruf mit Zukunft, Juni-blz 2011

Seit 26 Jahren arbeite ich als Pädagogin an der Grundschule, bis 2005 als Vorklassenleiterin und seitdem als Erzieherin an einer gebundenen Ganztagsgrundschule. Vor einem Jahr habe ich mich entschlossen, ein berufsbegleitendes Studium an der Alice-Salomon-Hochschule Berlin im Studiengang »Erziehung und Bildung im Kindesalter« zu beginnen. Dieses Studium dauert sieben Semester und 14-tägig bin ich von Donnerstag bis Samstag von 9 Uhr bis 17 Uhr an der ASH. Seitens der Senatsverwaltung erhalte ich dafür keinerlei Freistellungstage. Ist das Land Berlin nicht an der Qualifizierung langjährig berufserfahrener Kollegen interessiert? Ich werde in diesem Studiengang speziell für Leitungs- und Managementaufgaben ausgebildet. Allerdings frage ich mich, ob der Berliner Senat überhaupt gewillt ist, entsprechender Planstellen für Kollegen mit akademischem Erzieherab-

schluss bereitzustellen (Kindheitspädagogin). Lehrkräfte erhalten für ein berufsbegleitendes Studium Freistellungen. Ich muss für mein Studium meine wöchentliche Arbeitszeit deutlich reduzieren, erhalte monatlich weniger Gehalt und später eine entsprechend geringere Rente und VBL.

Ines Schluckwerder

Unterrichtsfach »Wirtschaft«, Juni-blz 2011

Die Autoren des Beitrages »Mehr als Kennzahlen« wiederholen längst Bekanntes: Unternehmerverbände fordern ein eigenständiges Fach »Wirtschaft« für die allgemeinbildende Schule. Solche Versuche der Einflussnahme auf die staatliche Schulpflicht sind leicht durchschaubar. »Wirtschaft« ist aus der Sicht der Unternehmerlobby ein Synonym für »Betriebe«. Dass Wirtschaft viel mehr ist, nämlich in erster Linie die große Zahl der Privathaushalte, die Gewerkschaften, die Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftswissenschaften, – das alles tritt leider sehr in den Hintergrund. Es geht um eine Identifikation junger Menschen mit Betrieben. Die Autoren versäumen zu erwähnen, was gerade in Berlin – kaum beachtet – vorgeht. Da wird das Fach Arbeitslehre deformiert, das sich seit über vier Jahrzehnten um mehrperspektivische Betrachtung von »Wirtschaft« bemüht. Und zwar aus der Sicht der Technikentwicklung, der Verbraucherinteressen und der Berufswahl. Dieses Fach, das vom Deutschen Ausschuss nach reiflicher Überlegung »Arbeitslehre« genannt wurde, um den Integrationsansatz zu betonen, dieses Fach wird von ignoranten Schulbürokraten in »Wirtschaft-Arbeit-Technik« (WAT) umgetauft. Diese Sammelbezeichnung hatte in den Schulen sofort zur Folge, dass sich einige KollegInnen für den Teil »Wirtschaft« mit einem entsprechenden Schulbuch wappneten. Jetzt können auch große Schülergruppen wöchentlich

im Klassenraum nachlesen, welche staatstragenden Aufgaben Unternehmen zukommen und »wie die Wirtschaft funktioniert«.

R. M. Königsberger

Unterrichtsfach »Wirtschaft«, Juni-blz 2011

Man liest den ersten Satz und staunt! Noch im August 2000 forderte der DGB gemeinsam mit der BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) und nicht näher genannten Lehrer- und Elternverbänden unter Berufung auf »die Wissenschaft« in schöner Eintracht in der Broschüre »Wirtschaft – notwendig für die schulische Allgemeinbildung« ein eigenständiges Schulfach »Wirtschaft«. Meine damaligen Recherchen beim DGB erbrachten keinen Verantwortlichen für diesen Unsinn.

Natürlich freue ich mich jetzt über den Sinneswandel. Richtig froh werde ich allerdings über diesen Artikel nicht, denn es werden zwar lauter richtige Dinge gefordert, aber den Autoren ist es offenbar entgangen, dass es für die Umsetzung dieser richtigen Forderungen seit 40 Jahren das Unterrichtsfach Arbeitslehre gibt, in dem all das getan wird. Inzwischen hat die Senatsschulverwaltung das Fach Arbeitslehre in WAT (Wirtschaft, Arbeit, Technik) umbenannt und den Bereich Wirtschaft betont. In einem neuen Rahmenlehrplan sind folgerichtig Strukturen angelegt, die den Verfechtern eines Faches Wirtschaft entgegenkommen. Leider stand die Gesellschaft für Arbeitslehre bei ihrem Versuch, diese Rückwärtsbewegung aufzuhalten, ziemlich alleine da. Von DGB-Seite war jedenfalls wenig zu vernehmen. Wir würden es begrüßen, wenn der DGB sich auf seine alten Traditionen besinnt und sich mit uns für eine Reaktivierung und Stärkung des Faches Arbeitslehre einsetzt.

Manfred Triebe,

Vorsitzender der Gesellschaft für Arbeitslehre Berlin

ANZEIGE



osteopathische praxis berlin

- Rückenbeschwerden?
- Verdauungsprobleme?
- Spannungskopfschmerz?

Osteopathische Praxis Berlin
Nürnberger Straße 16, 10789 Berlin

Dr. Ruth Ribet Buse
Privatarztpraxis

Tel: 0 30 - 21 00 24 08

www.osteopathische-praxis-berlin.de



ABÓ, VOLL KRASS! ÇÜŞ!

Das aus ihrem Blog entstandene Buch gibt die in der Schule erlebten Dialoge in einem authentischen und frechen Stil wieder und wir werden mit dem direkten Pidgin-Deutsch ihrer Jugendlichen konfrontiert: »Ich war Arzt.« »Fahren wir Heidepark?« »Frau Freitag, Sie haben mein Leben gefickt!« Wir lernen eine Menge arabische und türkische »Ausdrücke« kennen und den äußert kreativen Umgang mit Beleidigungen jeder Art von »Hurensohn, Missgeburt, Opfer, Spast...« bis hin zu allem, was man mit »deiner Mutter« anstellen kann. Auch Wissenslücken ihrer Schüler treiben Frau Freitag fast zum Wahnsinn: »Die Berliner Mauer wurde von Hitler gebaut.«, »Vulkane sind entstanden, weil Allah es so wollte.« »Ein Bäcker verdient 5.000 Euro.«

Das Buch hat es innerhalb von drei Monaten auf den 3. Platz in der Kategorie Sachbücher der Bestsellerliste bei »Spiegel Online« geschafft. Wie wird das Buch aber verstanden? Nach den Online-Rezensionen der Leser kann die Leserschaft in zwei Kategorien geteilt werden: erstens diejenigen, die keine direkten Erfahrungen mit einer Brennpunktschule haben, zweitens diejenigen, die an einer Brennpunktschule arbeiten. Für die erste Gruppe ist Frau Freitags Erzählung meist überspitzt und überzogen, auch wenn man schon mal schmunzeln müsse. Unvorstellbar. Das Buch baue nur weitere Klischees und Vorurteile auf. Und was sagen die Kenner der Realität? Die Mitstreiter von

Frau Freitag, die in Bildungsbereichen an Brennpunktschulen arbeiten, können nur bestätigen, dass das Buch kein bisschen überzogen und bestimmt keine Satire ist: Man habe immer den Verdacht, dass Frau Freitag eine Kollegin aus der eigenen Schule sein müsse.

Frau Freitag ist eine engagierte Englisch- und Kunstlehrerin an einer Gesamtschule in einer deutschen Großstadt. Die Mehrheit ihrer Schülerschaft hat einen Migrationshintergrund, ist verhaltensoriginell und hält im Allgemeinen nicht viel von regelmäßigem Unterrichtsbesuch oder Lernzuwachs. Frau Freitag leitet eine neunte Klasse, die als chaotisch bezeichnet werden kann.

Nichts für schwache Nerven! Sie gibt jedoch nie auf und probiert immer wieder, ihre SchülerInnen zu motivieren, auch wenn sie dabei oft an ihre Grenzen stößt: »Kann ich es verkraften, wenn ein Haufen Jugendliche meine mit Liebe vorbereiteten Unterrichtseinheiten erst boykottiert und dann als langweilige Scheiße bezeichnet?« oder sie mit Worten »Nie machen wir was Schönes!« belohnt. Wenn sie nicht mehr weiter weiß, ruft sie ihre zwei Lehrerfreundinnen Fräulein Krise und Frau Dienstag an, die immer einen passenden Ratschlag oder tröstendes Wort für sie haben. Trotz aller Niederlagen und Verzweiflung ist für sie aber eine Sache klar: Sie hat »den schönsten Beruf der Welt«.

Als eine Brennpunktlehrerin bin ich ein Fan von Frau Freitag und schaue immer wieder in ihren Blog. Auch wenn ich ihre Gründe verstehen kann, warum sie unter einem Pseudonym schreibt, finde ich es sehr schade, dass ich diese Überlebenskünstlerin nicht persönlich ken-

nenlernen kann. Ihre Situationsanalyse und politischen Forderungen, die sie in einem Interview äußerte, sprechen jeder Brennpunktlehrerin und jedem Brennpunktlehrer aus dem Herzen: Kleinere Klassen, Zusammensetzung der Schülerschaft regulieren, Abschaffung der Gymnasien und eine Drittelung für jede Schule einführen, Unterrichtsverpflichtungen senken ...

Nichtsdestotrotz: »Chill mal, Frau Freitag« ist alles anderes als ein politisch korrektes Buch. Frau Freitag äußert ketzerische Gedanken über Referendare, ihre KollegInnen, neue Unterrichtsmethoden, LieblingsschülerInnen, den Sinn der Schulen in Brennpunkten.

Sie jammert aber nicht. Mit Scharfsinn, Humor und (Selbst) Ironie versucht sie die Missstände, die die Politik ziemlich kalt lassen, zu überwinden und dabei den Burn-out zu vermeiden.

Liebe KollegInnen an Brennpunktschulen, lesen Sie Frau Freitag! Nach einem schwierigen Tag wirkt die Lektüre wie eine Therapie! Sie werden über das Erlebte wieder lachen können. Ein ideales Abschiedsgeschenk für den kapitulierenden Bildungssenator Herrn Zöllner? Und ein Willkommensgeschenk für seinen Nachfolger oder seine Nachfolgerin? Da sich politisch zugunsten von Brennpunktschulen bisher nicht viel getan hat, bleibt uns, den Brennpunktkolleginnen und -kollegen, nur eine vernünftige Maßnahme zum Erhalt unserer Gesundheit übrig: Chillen! – Und Frau Freitag lesen!

Lenka Kesting

Frau Freitag: Chill mal, Frau Freitag. Aus dem Alltag einer unerschrockenen Lehrerin. 336 Seiten, 9,99 Euro, Ulstein-Taschenbuch 2011.

Lesen Sie Frau Freitag! Nach einem schwierigen Tag wirkt die Lektüre wie eine Therapie!

ANZEIGE

Uraufführung

Held Baltus

ab 1. Klasse
15. September, 18.00 Uhr, GRIPS Klosterstraße

für Schulen: Tel. 39 74 74-0
16. September, 11.00 Uhr
5. - 7., 10. und 18. - 20. Oktober,
jeweils 11.00 Uhr

für Familien: Tel. 39 74 74-77
17. September und 8. Oktober,
jeweils 16.00 Uhr

GRIPS

www.grips-theater.de

Matthias Deiß • Jo Goll

EHRENMORD

Ein deutsches Schicksal



| Hoffmann und Campe |

ÜBER DIE SCHWIERIGKEIT, DEN ANDERSDENKENDEN AUSZUHALTEN

Breivik habe kein Mitleid mit den Opfern und hasse alle, die an Demokratie glauben, sagt der Anwalt des norwegischen Attentäters. Aus dem 1518 Seiten langen Manifest »2083 – Eine europäische Unabhängigkeitserklärung« des 76fachen Mörders wird deutlich, wie sehr ihm eine offene, liberale Gesellschaft zum Feindbild geworden ist, wie er die Bedrohung einer tradierten Ordnung abwenden möchte, bedroht durch Multikulti, durch die Zuwanderung von Muslimen

Manche der Thesen des selbsternannten »christlichen Kreuzritters«, der ein »ethnisch-christliches Europa« will, muss man zweimal lesen, man mag es nicht glauben, so wahnhaft. Dann aber, wenn er fehlende Strenge in der Erziehung beklagt, zu viele Ehescheidungen und die unübersehbare Sexualisierung unserer Gesellschaft, hat man das Gefühl, alles schon mal gehört zu haben – nicht nur am Stammtisch.

Dieses Gefühl hatte ich auch bei der Vorstellung der Neuerscheinung »Ehrenmord. Ein deutsches Schicksal« über den Ehrenmord an Hatun Sürücü. »Ich tat es, um die Ordnung in der Familie wieder herzustellen«, sagt der Mörder einer Berliner mit türkischen Wurzeln; sie war seine Schwester. Vor sechs Jahren wurde die 23-jährige Hatun auf offener Straße von ihrem Bruder erschos-

sen. Zur Fassungslosigkeit über den Mord gehört auch die Aussage des Bruders: »Wir konnten ihr Leben nicht tolerieren.« Die beiden Journalisten gehen mit unverstelltem Blick, großer Sorgfalt und erkennbarer Bereitschaft um Verständnis allen Aspekten der erschütternden Tat nach, befragen Beteiligte und Zeugen, fahren bis Ostanatolien und schaffen es, dass nach Jahren gesprochen wird und wir einen unverstellten Einblick in die Vorgeschichte, den Tathergang und die Folgen bekommen. Die türkische Familie kurdischer Abstammung, streng religiös und sunnitischen, orthodoxen Glaubens, seit 1971 in Berlin lebend, wo sieben der neun Kinder geboren wurden, konnte nicht ertragen, dass die älteste Tochter ein selbstbestimmtes Leben führen wollte, dass sie ihr Kind allein erzog, dass sie das Kopftuch ablegte und westliche Kleidung trug, geschminkt war und manchmal rauchte, dass sie einen deutschen Freund hatte, einer Berufsausbildung nachging, eine eigene Wohnung hatte. Auch heute, selbst nach einer fünfjährigen psychotherapeutischen Behandlung, habe der Mörder Ayhan Sürücü zwar eingesehen, dass er kein Recht hatte, das Leben seiner Schwester auszulöschen. »Aber er glaubt immer noch«, sagen die Autoren, »dass seine Schwester falsch gehandelt hat, weil sie wie eine Deutsche lebte.«

Da lebt eine Familie seit mehr als dreißig Jahren in Deutschland, die Kinder sind deutsche Staatsbürger, sie besuchen die Schule, Hatun sogar das Gymnasium (bis der Vater sie aus der 8. Klasse nimmt, um sie in der Türkei mit einem Cousin gemäß der Absprache beider Familienoberhäupter zu verheiraten), sie sind Teil unserer Gesellschaft – sie ist aber nicht in Deutschland, in dem das Grundgesetz gilt, angekommen, in dem Land, in dem es Ehrenmorde und Zwangsverheiratung nicht gibt, in dem demokratische Werte gelten.

Wie kann das sein? Wie ist es möglich, dass Ayhan keinen deutschen Freund hatte? Da lebt eine Familie mit einem radikalen Ehrbegriff, der nichts mit der Schul-, der Wohn- und der Freizeitumgebung zu tun hat. Integration ein Fremdwort, tolerante Auseinandersetzung unbekannt, Schule wirkungslos – man möchte es nicht glauben. Der Richter sagt: »Die Sürücüs haben in Kreuzberg gewohnt, aber nicht in Deutschland.« Nachzulesen ist, wie der Druck der strenggläubig erzogenen Kinder weiter-

gegeben wird auf Schulkameraden, wie Vorurteile verfestigt und in Umlauf gesetzt werden, sodass der Einfluss der Lehrer marginal wird, insbesondere in Schulen, in denen deutsche Schüler in die Minderheit geraten sind. Von den Beschimpfungen dieser als »Schweinefleischfresser« oder »Kartoffel« war vor einiger Zeit im Rahmen der Debatte um die Deutschenfeindlichkeit an einigen Berliner Schulen zu lesen.

Auch ohne die vielfältigen Belastungen, die in sozialen Brennpunkten entstehen, ist es mühsam und nicht immer erfolgreich, ein friedfertiges Verhalten, einen toleranten Umgang untereinander zu erreichen und die Erkenntnis zu vermitteln, dass jeder, der sich an das Gesetz hält, ein Recht auf sein Sein hat. Es ist schwer, Empathie zu erwerben, schwierig und belastend, Ungewissheit auszuhalten, den Anderen anzuhören, wenn man doch an ganz Anderes, ja Gegensätzliches glaubt. Die Akzeptanz der Verschiedenheit und die Suche nach gewaltfreien und konstruktiven Lösungen sind ebenso Lernziele wie die Ächtung menschenverachtender Einstellungen und Handlungen.

Während meiner Lektüre über den Ehrenmord blicke ich auf meine Morgenzeitung. Sie berichtet über den Supermarkt »Rami Levi«, der in einer Siedlung im Westjordanland liegt. Die Kassiererin, eine Israelin, liebt den Packer im gleichen Supermarkt, einen Palästinenser. Ein schönes, friedliches Beispiel in einer unfriedlichen Welt, möchte man meinen und auf Ausstrahlung hoffen. Den örtlichen Rabbiner dagegen stört das Vorbild, er fordert von der Leitung des Supermarktes, Maßnahmen zu ergreifen, um Beziehungen zwischen Juden und Arabern zu verhindern. Rechte jüdische Gruppen hatten bereits zum Boykott aufgerufen. Der Rabbi hat Erfolg, die Geschäftsleitung hat beschlossen, die Kontaktmöglichkeiten stark einzuschränken; die Kassiererin hat gekündigt.

Wahrlich, wir haben noch viel zu tun, den Nachbarn auszuhalten; zu schweigen vom Nachbarn, der anders denkt als wir, der einer anderen Religion, einer anderen Ethnie angehört, der andere Gepflogenheiten hat oder seinen Kopf anders bedeckt.

Wilfried Seiring

Matthias Deiß, Jo Goll: Ehrenmord. Ein deutsches Schicksal, 240 Seiten, 18 Euro, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2011.

Ein Tag im Oderland – Geschichte erleben

Ein Angebot auch für Schulklassen in Berlin

von Ingrid Baier, Projektleiterin

Seit September 2010 bieten das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) in Potsdam und die Gemeinnützige Kultur GmbH Märkisch-Oderland ein außerschulisches Bildungsangebot an: Der »Tag im Oderland – Geschichte erleben« bietet Schülern der Primar- und Sekundarstufe mit zwei altersgerechten Themenprogrammen die Möglichkeit, einen ganzen Tag per Bus und zu Fuß im Oderland unterwegs zu sein und mit Führungen und eigenständigen Erkundungstouren Geschichte an authentischen Orten zu erleben.

Das Programm »Das Oderbruch – seine Trockenlegung und Kolonisation« richtet sich an Schüler der Klassenstufen 4 bis 6: Die Veränderungen in der Landschaft, in den Siedlungsformen und in den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bewohner des Oderbruchs werden bei einer Reise in die Vergangenheit mit Stationen im Oderlandmuseum Bad Freienwalde, im einstigen Fischerdorf Altwriezen, im ältesten Kolonisten-dorf Neulietzegörick und im Freilichtmuseum Altranft anschaulich erlebbar. Jede Klasse erhält einen »Geschichtsrucksack« mit Arbeitsmaterialien: Stifte, Rätselblätter und eine projektbezogene Landkarte der Region. Zur Mittagspause wird im Schloss Altranft ein einfaches Mittagessen angeboten, umrahmt mit historischen Erzählungen zur Geschichte der Kartoffel. Danach gehen die Schüler in kleinen Teams von vier bis fünf Schülern auf Erkundungstour durch Altranft, um die einstige Lebensweise der Bauern und Handwerker kennenzulernen. Im

Schuljahr 2011/2012 wird das Programm »Das Oderbruch – seine Trockenlegung und Kolonisation« für Schüler der SEK I entsprechend modifiziert angeboten werden.

Das Programm »Von Kostrzyn/Küstrin zu den Seelower Höhen – Erinnerung an 1945« ist für Schüler der Klassenstufen 8 bis 13. Es regt an, sich an originalen Schauplätzen der Schlacht um die Seelower Höhen vom Frühjahr 1945 mit den



Besprechung am authentischen Ort.

FOTO: HBPG

Ursachen des Zweiten Weltkrieges und seinen Folgen für das Oderbruch auseinandersetzen. Die Schüler erfahren an authentischen Orten von den Geschehnissen in den letzten Wochen des Zweiten Weltkrieges und davon, welches Ausmaß Zerstörung und Gewalt während und nach den Kampfhandlungen im Oderbruch und auf den Seelower Höhen hatten.

Auch hier sind die Klassen mit Bussen unterwegs. Sie besuchen zunächst die Reste der Altstadt Kostrzyn/Küstrin auf der polnischen Seite der Oder und er-

kunden anschließend in kleinen Teams die zerstörte Altstadt. Anhand historischer Fotos suchen die Schüler den damaligen Standpunkt des Fotografen auf und machen von dort aus eine aktuelle Aufnahme. Die Fotos und ihre Eindrücke vom Projekttag können die Schüler in Arbeitshefte (»Reisetagebuch«) eintragen.

Von Kostrzyn/Küstrin aus geht es durch das Oderbruch zur Gedenkstätte Seelower Höhen. Nach der Filmvorführung »Schlacht vor Berlin« bietet eine Gesprächsrunde die Möglichkeit, sich über das beim Projekttag Erlebte und den Umgang mit den Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg auszutauschen. ■

KOSTEN

Die Schüler müssen mit einem eigenen Bus anreisen, der ihnen den ganzen Tag zur Verfügung steht.

+ Programm »Das Oderbruch – seine Trockenlegung und Kolonisation« für Gruppen bis 21 Personen: 195 Euro Pauschale, zzgl. 3,50 Euro/Person (für Mittagessen), für Gruppen ab 22 Personen: 13 Euro pro Person.

+ Programm »Von Kostrzyn/Küstrin zu den Seelower Höhen – Erinnerung an 1945« für Gruppen bis 21 Personen: 210 Euro Pauschale, für Gruppen ab 22 Personen: 10 Euro pro Person

Anmeldungen und Info: Projektbüro »Ein Tag im Oderland – Geschichte erleben«, c/o Kreiskulturhaus Seelow, Erich-Weinert-Straße 13, 15306 Seelow, Tel: 0 33 46 20 16-91/-92, Fax: 0 33 46 20 16-93, E-Mail info@ein-tag-im-oderland.de oder www.ein-tag-im-oderland.de



Szenenfoto aus dem Stück »Clash« des Jungen DT mit Franziska Korte, Mekan Günel, Louis Voelkel, Zeynep Bozbay: Bissig, scharf, bunt und unterhaltsam – Hans-Wolfgang Nickel ist begeistert. Besprechung siehe unten.

FOTO: ARNO DECLAIR

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN AKTIVITÄTEN

AufBruch, das Gefängnistheater Tegel, hat seit Jahren seinen Stil gefunden: die geballte Kraft des Männer-Ensembles; Auseinandersetzung mit großen Figuren deutscher/europäischer Kultur; Fragen von Macht, Ehrlichkeit, Schuld, Gerechtigkeit; Suche nach der Utopie. Das alles durchsetzt mit klug gewählten Zitaten aus vielen wichtigen Quellen und so variabel, dass es viele Inszenierungen trägt. Mit dem »Don Quichote« frei nach Cervantes geht es diesmal eher in Richtung Komik, Episode, Reihung – ohne den Anspruch auf Auseinandersetzung mit Fragen der Gegenwart aufzugeben. Dazu realisierte AufBruch ein bemerkenswertes, auf Europa und Südamerika fokussiertes »Internationales Symposium zu Gefängnistheater« mit Gastspielen, Informationen, Podiumsdiskussionen – eine imponierende Arbeit/Initiative/Aktivität! (Achtung: Im September spielt AufBruch »Maria und Elisabeth« an der Gedenkstätte Berliner Mauer).

Das **Hexenkessel-Hoftheater** wählt in seinem wunderbaren Amphitheater (Monbijou-Park) einen arg modernistischen Ein-

stieg zum »Eingebildeten Kranken«, geht dann aber in die alte Story, die immer mehr Tempo aufnimmt und lustvoll-dramatische Spannung entwickelt. Ein eindrucksvoller »Totentanz« spielt den nur eingebildeten Kranken hinein bis in die Katastrophe (Molière selbst starb in dieser Rolle), um dann doch noch den Weg in Komödie, Bestrafung der Bösen, rührendes Happy end zu finden. Begeistert Applaus!

Im zauberhaften Naturpark Schöneberger Südgelände (Hingehen! Anschauen!) zeigt **Lazzo Mortale** einen weiteren Molière: »George Dandin«. Die italienisch-deutsche Truppe spielt das Stück nahe an die Zuschauer und an die Commedia dell'Arte heran, nutzt zum Teil Masken, episiert aber auch die Story in Richtung Lehrstück und blendet zudem geschickt Gegenwartsprobleme ein – eine gelungene Mischung, die mehr als nur Vergnügen macht.

»Clash«, die Auseinandersetzung mit der Migrationsdebatte durch das Junge DT begeisterte auch beim **Theatertreffen der Jugend**: bissig und scharf, bunt

und unterhaltsam, ironisch und selbstironisch, zärtlich und aggressiv, intellektuell und naiv – eine überaus gelungene Inszenierung, die auch virtuos mit den technischen Mitteln eines großen Theaters spielt.

Abschließend noch ein Hinweis: Ab September zeigt das **Ballhaus Naunynstraße** unter dem Titel »50 Jahre Scheinehe – Al-manci Festival« nahezu sein gesamtes »Repertoire« – eine gute Gelegenheit, das türkisch-deutsche Theaterwunder in Augenschein zu nehmen.

Hans-Wolfgang Nickel

rinnen der Klassen 7 bis 13 zum Plakat- und Schreibwettbewerb »Berlin liebt! Respekt macht's möglich.« auf. Viele Menschen leben in Berlin, weil sie Freiheit, Vielfalt und Offenheit schätzen und erwarten – auch bezüglich ihrer sexuellen Identität. Im Alltag, in der Schule oder in der Freizeit stößt diese Erwartung leider manchmal an Grenzen. Das möchte dieser Plakat- und Schreibwettbewerb ändern! Die Plakate und Texte sollen insbesondere zu Respekt gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie Trans- und Intersexuellen aufrufen. Die Botschaft kann sich dabei an Kinder, Jugendliche oder Erwachsene richten. Einsendeschluss ist der 4. Oktober 2011 (Datum des Poststempels). Eingereicht werden können Einzel- oder Gruppenarbeiten. Neben einer Veröffentlichung der Arbeiten winken tolle Preise: 1. Preis: 250,- Euro, 2. Preis: 150,- Euro, 3. Preis: 80,- Euro. Die Arbeiten der GewinnerInnen werden Ende November im Rahmen einer öffentlichen Preisverleihung prämiert. Weitere Informationen unter: www.berlin.de/lb/ads/sub/blk/kamp/berlin-liebt-schuelerinnenwettbewerb/index.html

Wettbewerb Demokratisch Handeln

Projekte wie eine Partnerschule in Namibia unterstützen, einen Spielplatz entwerfen, mit einem Theaterstück gegen den Krieg protestieren oder eine Sport- und Freizeitinitiative gründen, die sich gegen Gewalt einsetzt, waren Beiträge, die in den letzten Jahren zum »Förderprogramm Demokratisch Handeln« eingereicht wurden. Das Förderprogramm sucht Beispiele, in denen sich SchülerInnen für Fragen des Gemeinwohls einsetzen, sich einmischen, die Öffentlichkeit für die Gestaltung ihrer Arbeit nutzen und ihre Erfahrungen an andere weitergeben. Herausragende Projekte sollen unterstützt und bekannt gemacht werden. Einsendeschluss ist der 30. November 2011. Eine Anmeldung am Wettbewerb ist bereits vorher möglich. Die Dokumentation des Projektes sollte bis zum Einsendeschluss eingereicht werden. Einsendungen können mit Beginn der Ausschreibung 2011 auf dem üblichen Postweg auf Papier oder in elektronischer Fassung als PDF-Dokumentation vorgelegt

Konferenz zu Gewaltprävention und Bildungsarbeit
Vom 26. bis 27. Oktober 2011 findet in Berlin die Abschlusskonferenz des europäischen Projektes »Implementation Guidelines for Intersectional Peer Violence Preventive Work (IGIV)« statt. Die Konferenz befasst sich inhaltlich mit dem Zusammenwirken verschiedener Zugehörigkeitskategorien (»Intersektionalität«) und deren Wirkmächtigkeit im pädagogischen Alltag. Welche Konsequenzen resultieren aus den Überschneidungen von Kategorien wie Geschlecht, Armut- und Reichtumsverhältnissen und ethnischer Zugehörigkeit für Gewaltprävention und Bildungs- und Sozialarbeit? Wie können Verhältnisse sozialer Ungleichheit und Diskriminierung angemessen bearbeitet werden? Interessierte sind herzlich zur Teilnahme eingeladen. Anmeldung bis zum 1. Oktober 2011 erbeten unter: olaf.stuve@dissens.de (Dissens e.V., Projektkoordination). Weitere Informationen unter www.intersect-violence.eu

»Berlin liebt! Respekt macht's möglich.«
Die Landesantidiskriminierungsstelle bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales ruft zusammen mit der Senatsbildungsverwaltung Schüle-

werden. »Demokratisch Handeln« wendet sich an alle Schularten und -stufen von der Grundschule bis zur Berufsschule. Schulen und freie Träger der Jugendhilfe, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen möchten, erhalten mehr Informationen und Unterlagen in der Regionalberatung für das Förderprogramm Demokratisch Handeln: Beratung und Unterstützung über die Senatsbildungsverwaltung, Hella Sobottka, Otto-Braun-Straße 27, 10178 Berlin, Tel.: 90227 5972, Fax: 90227 6111 oder sobottka@demokratisch-handeln.de Im Internet: www.demokratisch-handeln.de/info/regional/berlin.html

Deine Stimme gegen Armut

Die Aktion ist eine Initiative von VENRO, dem Dachverband entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen, und fordert Bundesregierung und Bundestag auf zu mehr Engagement bei der Umsetzung der Millenniumsentwicklungsziele, also dem Kampf gegen weltweite extreme Armut. Deutschland hat sich verpflichtet, die Ziele der Vereinten Nationen (UN) umzusetzen und versprochen, die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit bis zum Jahr 2015 auf 0,7 Prozent der Wirtschaftskraft zu steigern – 2010 betrug die deutsche Quote gerade mal 0,38 Prozent. Die Abgeordneten im Deutschen Bundestag können das ändern: Im Herbst entscheiden sie über den Bundeshaushalt 2012 und legen fest, wofür Deutschland im kommenden Jahr Geld ausgibt. Deswegen fordert die Aktion dazu auf, die weltweite Armut und entwicklungspolitische Aspekte im Unterricht anzusprechen und möglichst mit einer konkreten Aktion zu verbinden, indem beispielsweise die eigenen Wahlkreis-Abgeordneten angesprochen werden. Weitere Infos und Aktionsmaterial unter www.deine-stimme-gegen-armut.de

Wettbewerb

»Kinder zum Olymp!«

Der nächste bundesweite Wettbewerb »Kinder zum Olymp« startet am 12. September 2011. Eingeladen sind alle allgemeinbildenden Schulen. Gemeinsam mit einer Kulturinstitution oder einem Künstler kann eine ganze Schule, eine Klasse oder ein Kurs in den drei Gruppen

Grundschulen, Sekundarstufe I und Sekundarstufe II teilnehmen. »Kinder zum Olymp!« ist ein Projekt der Kulturstiftung der Länder, das Kinder und Jugendliche für die Vielfalt unserer Kultur begeistern und damit ihre Kreativität und Fantasie fördern will: »Um Kunst und Kultur fest im Leben von Kindern und Jugendlichen zu verankern, müssen wir neue Wege beschreiten, vom Kindergarten bis zum Schulabschluss.« »Kinder zum Olymp!« will Kinder, Kunst und Kultur deutschlandweit zusammenbringen und die Zusammenarbeit zwischen Kulturinstitutionen und Künstlern, Schulen und Kindergärten fördern. Der Wettbewerb umfasst die Sparten Bildende Kunst, Architektur und Kulturgeschichte, Film, Fotografie und Neue Medien, Literatur, Musik, Musiktheater, Tanz sowie Theater. Kontakt: Kulturstiftung der Länder, Lützowplatz 9, 10785 Berlin, Telefon 030-893 635 17, Fax 030-893 635 99 und www.kinderzumolymp.de/cms/Wettbewerb.aspx

MATERIALIEN

Privatisierungsreport: Zur schleichenden Deprofessionalisierung im Schulbereich

Die Herausforderungen und Pflichten der Schulen sind umfangreicher und vielfältiger geworden, ohne dass in ausreichendem Maße pädagogisches Personal eingestellt worden wäre. Zugleich gibt es einen Mangel an Lehrkräften in bestimmten Fächern, Schulstufen oder Regionen – eine Konstellation, die personellen Wildwuchs und den Rückzug öffentlicher Verantwortung befördert. Die Ausgabe 12 der Reihe »Privatisierungsreport« befasst sich damit, auf welchen Wegen sich einigen Jahren Menschen in die Schulen kommen, die keine pädagogische oder lediglich eine Schmalspur-Ausbildung haben, aber wichtige Teile der Arbeit – oftmals auch den Unterricht – übernehmen. In der Broschüre sind dazu Fallbeispiele aus vielen Bundesländern versammelt. Sie beleuchten, welche Gefahren sich für die Unterrichtsqualität ergeben, wie dabei das Bild pädagogischer Professionalität beschädigt werden kann und wie es um die weltanschauliche Unabhängigkeit von Schu-

le bestellt ist. Druckexemplare sind in den meisten Landesverbänden erhältlich. Bestellung einzelner Exemplare ist möglich unter: broschueren@gew.de, Einzelpreis 2,70 Euro inkl. Versandkosten. Online unter www.gew.de/Privatisierungsreport_12_-_Zur_schleichenden_Deprofessionalisierung_im_Schulbereich.html

Kostenlose Vorstellung des Musicals »Hinterm Horizont«

Am 19. September 2011 lädt Udo Lindenberg um 19 Uhr LehrerInnen aus den Ländern Berlin und Brandenburg zum kostenlosen Besuch des Musicals »Hinterm Horizont« ein. Pro Schule können sich drei interessierte Lehrkräfte mit je einem Partner sowie im Bildungsbereich tätige

ANZEIGEN



Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!

HOTLINE:
07221/39 39 30

Privatklinik für psychologische Medizin
Mit Fachabteilung für Essstörungen

In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen**, Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out“), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK

Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**

Fax: 07221/39 39 350 • www.leisberg-klinik.de • info@leisberg-klinik.de

SUPERVISIONSGRUPPE
FÜR LEHRER/INNEN HAT NOCH FREIE PLÄTZE
INFO: **INA KAUFMANN**
DIPL.PÄD. / SUPERVISORIN (DGSV)
TEL: 030/ 693 68 90, E-MAIL: KAUFMANN.INA@WEB.DE

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14109 BERLIN
Musiktherapie in der Schul-, Nachschulischen und Freizeitbetreuung und in der Musikpädagogik.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813-50-80

COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Fortbildungen 2011
Interkulturelle Kompetenz erleben
Lassen Sie Stimmen anderer zu?
• Interkulturelles Training: Grundlagen und Vertiefung
• Stimmbildung und Gesang für Sprechberufe
• Rede- und Präsentationstraining
Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski M.A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin
Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

BurnOut
Lebenskrise
Depression
Ängste
chronische Schmerzen
Essstörung

Ganzheitsmedizinische Ursachendiagnose



Psychosomatisches
Privatkrankenhaus
behilffähig

0 75 24 . 990 - 222
88339 Bad Waldsee
naturamed.de


NaturaMed ...nur bringen Sie wieder in Schwung!

IHRE ANZEIGE in der blz
Tel: 030-21 99 93 46 • Fax: 030-21 99 93 49



Institut für Gruppendynamik

Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com



Karin Müller

Angebote für Führungskräfte im Schulbereich von erfahrener Supervisorin (DGSV)

- ① Systemisches Coaching für Einzelpersonen oder Teams
- ② Neue Interventionsgruppen zur Reflexion und zum Austausch für Schulleiter/innen
Stellvertreter/innen
Abteilungsleiter/innen

☎ **030/394 809 64** Moabit
perspektivenwechsel@web.de
www.karin-mueller-supervision.de

Personen ab sofort online über berlin.vertrieb@stage-entertainment.de bis zum 11. September anmelden. Mit fachlicher Unterstützung des LISUM sind Lernmaterialien entwickelt worden für die Vor- und Nachbereitung des Musicals »Hinterm Hori-

zont«. Darüber hinaus gibt es Angebote für eine weitere Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte. Für inhaltliche Rückfragen steht im LISUM Michael Retzlaff unter michael.retzlaff@lisum.berlin-brandenburg.de zur Verfügung.

bietet vielfältige Hinweise zur Gestaltung des Unterrichts über die Geschichte und Gegenwart der Sinti und Roma. Petra Rosenberg/Měto Nowak: Deutsche Sinti und Roma. Eine Brandenburger Minderheit und ihre Thematisierung im Unterricht, hrsg. vom Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam, Potsdam 2010

GESCHICHTSUNTERRICHT ZUM ANFASSEN UND MITMACHEN



In der kleinen Stadt Lindow-Mark, 70 km nördlich von Berlin zwischen Neuruppin und Rheinsberg gelegen, hat Helga Pfahl ein kleines Geschichtsmuseum eingerichtet (siehe auch *Maiblz* 2011, Seite 20). Die ehemalige Geschichtslehrerin zeigt dort nicht nur ihre Schätze und führt sie vor, sondern versteht ihr Museum auch als Lernort und hat dafür didaktisches Material entwickelt. In Verbindung mit einer Stadt-Ralley erfahren Kinder, Jugendliche und Erwachsene hier über Dokumente und Objekte die Geschichte einer Familie und bekommen dadurch einen sinnlichen Zugang zur deutschen Geschichte. Helga Pfahls dreißigjährige Erfahrung als Lehrerin setzt sie jetzt ein für die Betreuung ihrer Besucherinnen. Aber nicht nur das Museum lohnt sich, auch Lindow-Mark ist einen Besuch wert: Hier gibt es ein altes Kloster, drei Seen und eine wunderschöne Umgebung, von der Fontane schon in seinen Wanderungen schwärmte. Man erreicht Lindow mit dem Regionalzug von Berlin-Gesundbrunnen in rund einer Stunde. *Anmeldung und weitere Infos: Helga Pfahl, Görresstr. 28, 12161 Berlin, Tel. 030 8511391 oder 0152 023 55 337, E-Mail: h-pfahl@t-online.de*

SENIORINNEN

20. September: Besuch der königlichen Porzellanmanufaktur. Treffpunkt 10 Uhr, Wegelystraße 1 in Charlottenburg (Eintritt 10 Euro)

27. September: Besuch Flugplatz Gatow. Zugfahrt 8.24 Uhr nach Spandau mit der S 75, Weiterfahrt mit Bus 135 ab 9.10 Uhr Richtung Alt-Kladow. Ankunft 9.31 Uhr Kurpromenade, dann Fußweg zum Luftwaffenmuseum, Kladower Damm 182-188.

10. Oktober: Besichtigung der Luftschutzanlage Gesundbrunnen. Treffpunkt um 10 Uhr am südlichen Ausgang U-Bahnhof Gesundbrunnen (Brunnenstraße 105/ Ausgang Ramlerstraße).

13. Oktober: Führung im Schloss Britz »Repräsentative Wohnkultur der Gründerzeit«. Treffpunkt um 10.45 am Eingang zum Schloss.

INTERNET

<http://opus.kobv.de/pub.uni-potsdam.de/volltexte/2010/4923/> führt zur Handreichung über »Deutsche Sinti und Roma. Eine Brandenburger Minderheit und ihre Thematisierung im Unterricht«. Das Zentrum für Lehrerbildung an der Universität Potsdam hat die Handreichung herausgegeben. Sie liegt als Onlineversion vor und

www.umwelt-im-unterricht.de heißt ein neuer Internetservice des Bundesumweltministeriums. Ab dem 15. September 2011 werden hier jede Woche Hintergrundinformationen und Materialien zu aktuellen Themen mit Umweltbezug bereitgestellt. Damit soll es Lehrkräften erleichtert werden, aktuelle Anlässe kurzfristig im Unterricht zu behandeln. Der Service ist kostenlos.

Der Bildungsserver Berlin-Brandenburg empfiehlt:

- **50 Jahre Berliner Mauer:** Zum Thema 50 Jahre Berliner Mauer: Unterrichtsmaterialien, Projekte, Links, Gedenkstätten, Museen, Ausstellungen, Wettbewerbe, Literatur und Medien. http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/berliner_mauer.html
- **Deutschen Schulpreis 2012 – Dem Lernen Flügel verleihen:** Noch bis 30. September 2011 kann man sich bewerben. Hinweise und Unterlagen im Internet unter www.deutscher-schulpreis.de
- **Inklusion:** Die inklusive Schule ist vom Grundsatz her eine Schule, die allen Kindern und Jugendlichen, ungeachtet ihrer individuellen Voraussetzungen oder ihrer aktuellen Lebenslagen, gleiche Bildungschancen eröffnet. <http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/inklusion.html>

ANZEIGE

Für alle Fälle

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Wann bekomme ich Sonderurlaub? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

Bestellung unter: GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21-99-93-62
oder online unter: www.gew-berlin.de/18353.htm



*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

KLASSENREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-
Oder Österreich ... Holland	

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London

KLASSE REISEN GmbH
 Württembergallee 2 · 14052 Berlin
 Tel. (030) 303083-6 · Fax (030) 303083-77
 www.klasse-reisen.com

Katalog unter:
 ☎ 030-303083-6



AGARIA TOURS
 Fachveranstalter für Pragreisen



PRAHA

Prag? Nur mit uns!
 Ausgezeichnet: 90 % unserer Kunden kommen auf Empfehlung.



das tschechische team

Infos: 040 / 280 95 90 • www.agaria.de • prag@agaria.de

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit

Stadtrundfahrten
 Gruppenreisen
 Klassenfahrten
 Firmenservice
 Transfers



Grenzenlos Reisen

Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
 Fon: 0 30-43 00 48 0
 Fax: 0 30-43 00 48 79

LockeToursBerlin

Baltische Länder per Rad	ab 1280 EUR
Korsika GR20 Wanderung	ab 990 EUR
Madeira Wandern 10 Tage	ab 1680 EUR
Comera Wandern & Relaxen	ab 1549 EUR

Flüge und Fähren - weltweit und preiswert!

www.locketours.de

Lefevrestr. 21 Tel. (0 30) 8 52 30 30
 12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

 **HARZ**

JUGENDGÄSTEHAUS

Mit Harz und Seele

direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 85 Euro für 4 Nächte, inkl. Programm und HP.

Veranstaltungs- und Seminarräume für bis zu 200 Personen.
 Tel.: 0 55 22 / 55 95, Fax 0 55 22 / 68 69,
 E-Mail: jgh.harz@osterode.de,
 Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

MODERNE KOMFORT FERNREISEBUSSE

von 8 - 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Tel., Skikorb, Fahrradanhänger
 Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, erfahrenes und geschultes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMAKLIMAREISEN
 www.primaklima.de
 Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20 · pkr-bus@bln.de

Was tun bei ARTHROSE?

Wenn unsere Gelenke an Arthrose erkranken, leidet der ganze Mensch. Was aber kann man selbst gegen diese Gelenkrankheit tun? Wie kann man seine Gelenke schützen und ein Fortschreiten der Arthrose verhindern? Die Deutsche Arthrose-Hilfe gibt in ihrer Informationszeitschrift „Arthrose-Info“ wichtige Hinweise, die jeder kennen sollte. Ein kostenloses Musterheft kann angefordert werden bei: Deutsche Arthrose-Hilfe e.V., Postfach 11 05 51, 60040 Frankfurt/Main. (Bitte eine 0,55-€-Briefmarke für Rückporto beifügen.)



REAL-TOURS s.r.l.

Tel. 00 39/05 47/67 27 27
 Fax 00 39/05 47/67 27 67
 Via Bartolini, 12
 47042 Cesenatico / Italia

www.real-tours.de
 24 h online buchen
 E-Mail: info@real-tours.de

SCHULFAHRTEN 2012

Busfahrten nach Cesenatico mit Ausflügen ab Euro 218,00 HP
Busfahrten zur Toskana-Küste, zum Gardasee, nach Rom, nach Sorrent, nach Südtirol, nach Spanien, nach Griechenland, nach Prag, nach Paris, nach London, nach München.

Bitte fragen Sie nach unserem Katalog 2011.
Weitere Informationen auch bei:
R. Peverada, Im Steinach 30, 87561 Oberstdorf, Telefon 083 22 – 800 222, Telefax 083 22 – 800 223

Tel. (030) 30 30 83 - 0

BUSART-TOURS GmbH

Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!

www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

NEU Super Idee!

FLOWERPOWER

Machen Sie die schönsten Buttons Berlins selbst!

Blüten aus Textil mit Ihrem Motiv.
 Für Geburtstage, Frühlings- und Sommerfeste in Schule oder Kita.
Nur bei uns erhältlich!
 Wir verkaufen und verleihen Maschinen, Material und Zubehör.
Reservieren Sie rechtzeitig!

www.graph-druckula.de
Mail: info@graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · Fon (030) 694 016 20 · Fax 694 016 25

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 30 Jahren.

Beamendarlehen mit *Best-Preis-Garantie

Hypotheken- und Beamendarlehendiscounter
 Beamendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €



* Best-Preis-Garantie der AK-Finanz:
 Bekommen Sie bei einem anderen Anbieter als Beamter a. L. oder unkündbarer Angestellter (i.ä.D.) nachweislich eine günstigere monatliche Rate für ein Beamendarlehen als bei uns - bei 12-jähriger Laufzeit - (inklusive Überschuss aus der Police), erhalten Sie einen **100,- €-Tankgutschein**.

Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Fax: (0621) 178180-25
 info@ak-finanz.de

www.AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.
 Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,7%, Lfz. 84 Monate, mtl. Rate 434 € effektiver Jahreszins 5,85%, Bruttobetrag 36.456 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

12. SEPT. 18.00 Uhr	FG Sonderpädagogik	Raum 31
19.00 Uhr	FG Integrierte Sekundarschule	Raum 34
13. SEPT. 17.00 Uhr	AG Bildungsfinanzierung	Raum 34
14. SEPT. 17.00 Uhr	AG Frieden	Raum 47
17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 301
15. SEPT. 17.00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 32
19. SEPT. 17. 00 Uhr	FG Schulsozialarbeit	Raum 31
18.00 Uhr	FG Sozialpädagogische Bildung	Raum 34
20. SEPT. 19.00 Uhr	Abt. Berufsbildende Schulen	Raum 33
19.00 Uhr	LA Multikulturelle Angelegenheiten	Raum 34
21. SEPT. 09.30 Uhr	Landesseniorenausschuss	Raum 300
15.00 Uhr	Junge Alte	Raum 300
17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 31
17.00 Uhr	AG LehrerInnenbildung	Raum 47
19.00 Uhr	FG Kinder-, Jugendhilfe, Sozialarbeit	Raum 33
19.30 Uhr	Junge GEW	Raum 31
22. SEPT. 18.30 Uhr	MV Referendare	Raum 33
19.00 Uhr	AG Ambulante Hilfen	Raum 34
27. SEPT. 17.30 Uhr	Kita-AG	Raum 33
19.00 Uhr	AG Pädagogische Unterrichtshilfen	Raum 34
29. SEPT. 16.30 Uhr	AG Jugendliteratur	Raum 47
17.00 Uhr	AG LehrerInnenbildung	Raum 301
05. OKT. 17.00 Uhr	GEW-Chor	Raum 31

BILD DES MONATS



WIDERSTAND GEGEN VERA 3 IM SCHULJAHR 2011/12!

Die GEW BERLIN hat eine Kampagne gegen VERA 3 beschlossen. Am **Donnerstag, 15. September 2011** trifft sich die Vorbereitungsgruppe um 17.00 Uhr im Raum 34 der GEW-Geschäftsstelle. Interessierte KollegInnen sind herzlich eingeladen.

GEWERKSCHAFTSRECHTE UNTERM HALBMOND

Auf Einladung der GEW und der Friedrich-Ebert-Stiftung berichten vier Egitim Sen-Gewerkschafter über die Situation in der Türkei und die Arbeit ihrer Gewerkschaft (s. Seite 26) am **28. September 2011 um 19 Uhr** im DGB-Haus in der Keithstraße 1.

ERSTER SENIORINNENTAG DER GEW BERLIN

Der erste SeniorInnentag der GEW BERLIN findet am **12. Oktober von 9 bis 15 Uhr** statt. In verschiedenen Workshops werden nahezu alle für SeniorInnen interessanten Themen angesprochen. Weitere Infos siehe Seite 20. Begrenzte Teilnehmerzahl. Bitte bis zum 23. September anmelden mit Angabe der gewünschten Workshops.

ALLE BEWEGEN SICH, NUR DAS GYMNASIUM NICHT?

Die nächste Veranstaltung des Runden Tisches Gemeinschaftsschule findet gemeinsam mit der FG Gymnasien statt am **2. November 2011 um 18 Uhr** im Abgeordnetenhaus von Berlin. Die Veranstaltung hat den Titel »Nach der Strukturreform: Alle bewegen sich, nur das Gymnasium nicht? Würde eine Schule für alle die Probleme lösen? Unsere Forderungen an die neue Landesregierung«.

FACHTAGUNG: GANZTAGS IN DER SCHULE

Unter dem Titel »Ganztags in der Schule – Schule als Lern- und Lebensort« veranstaltet die Fachgruppe Schulsozialarbeit der GEW BERLIN eine Fachtagung am **Donnerstag, 20. Oktober 2011 um 9.30 Uhr** im GEW-Haus in der Ahornstraße. Christa Preissing stellt das Bildungsprogramm für die Ganztagschule vor, danach geht es weiter in Arbeitsgruppen, die inhaltsgleich am Vormittag und am Nachmittag angeboten werden, sodass jede TeilnehmerIn an zwei AG's teilnehmen kann: (1) Spielen in der Schule, (2) Gesunde Schule, (3) Kooperation mit externen Partnern, (4) Schulalltag gemeinsam mit Kindern gestalten, (5) Konflikte zwischen Kindern. Anmeldung bis zum 30. September mit Angabe der AG's: info@gew-berlin.de

